

### BILDUNGSPOLITIK

WAS MUSS EINE  
NEUE BUNDESREGIERUNG  
ANPACKEN?



BUNDESTAGS-  
WAHL

#### EIN TEUFELSKREIS

Die Arbeitsbedingungen an Schulen gefährden laut DGB-Index „Gute Arbeit“ die Gesundheit. **Seite 26**

#### IM NETZ GEFANGEN

Die Digital- und Medienkompetenz Jugendlicher in Deutschland und Dänemark ist gering. **Seite 32**

#### DIE ZEIT DRÄNGT

Beim Ausbau ganztägiger Bildungsangebote an Grundschulen sind viele Fragen noch nicht geklärt. **Seite 34**



## Günstige Gruppenreisen mit der Bahn

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

### Klassenfahrt Inland

- Köln - Borkum
- Hin- und Rückfahrt
- Angebot aus November 2024 für September 2025
- 104 Kinder bis einschließlich 14 Jahre und 14 erwachsene Begleitpersonen
- durchgehende IC-Züge Köln-Emden Hafen
- inkl. Schiffspassage

Bei uns nur  
**46,60 €** p. Person  
Insgesamt sparen Sie  
**949,06 €\***

### Klassenfahrt Ausland

- Hannover - Straßburg (F)
- Hin- und Rückfahrt zusammen
- Angebot aus März 2024 für Fahrt im August 2024
- 79 Kinder bis einschließlich 14 Jahren und 11 erwachsene Begleitpersonen
- ICE-Schnellfahrstrecke

Bei uns nur  
**84,- €** p. Person  
Insgesamt sparen Sie  
**2.385,10 €\***

### Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Achenkirch (Tirol)
- Hin- und Rückfahrt zusammen
- Angebot aus Oktober 2024 für Fahrt im Januar 2025
- 15 Kinder bis einschließlich 14 Jahren und 11 Personen ab 15 Jahren
- ICE-Schnellfahrstrecke
- inkl. Busstrecke in AUT vom nächsten Bahnhof zum Zielort

Bei uns nur  
**53,72 €** p. Person  
Insgesamt sparen Sie  
**519,65 €\***

### Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland und Österreich sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere über 20jährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

\* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

# INHALT

<b>Impressum</b>	<b>3</b>
<b>Auf einen Blick</b>	<b>4</b>
<b>Prämie des Monats</b>	<b>5</b>

Schwerpunkt

## Bundestagswahl 2025



Bildungsfinanzierung: „Verzweifelter Zustand“	6
Fachkräftemangel: Dauerhafter Notstand	12
GEW-Kommentar: Mut zum Kurswechsel!	16
Kita-Qualität: Für die Jüngsten die Besten	18
Digitalpakt Schule: Zu wenig Geld	20
WissZeitVG: „Hanna“ wartet weiter	22
Integrationskurse: Kürzungen mit Folgen	24
Demokratiebildung: Querschnittsaufgabe	25

## Schule

DGB-Index „Gute Arbeit“: Ein Teufelskreis	26
Interview: Lernen ins Zentrum stellen	28
GEW: Lehrkräfte müssen nicht neutral sein!	31
ICIL-Studie: Kaum gewappnet gegen Fake News	32

## Hintergrund: Ganztag

Ganztagsfördergesetz: Fehlendes Personal	34
Schulessen: Fehlende Regelungen bei Allergien	36



## Gesellschaftspolitik

Kinder zwischen Flucht und mentaler Gesundheit	40
--	----



## fair childhood

Interview: Kinderarbeit auf Kakaoplantagen	42
--	----

## Nachruf

Otto Herz: Wegbereiter und Menschenverbinder	44
--	----

## Mitgliederforum

45

## Diesmal

48

### Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 77. Jg.  
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

### Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Vorsitzende: Maike Finnern

### Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel  
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

### Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main  
www.zplusz.de

### Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de

**Anzeigenschluss:** am 5. des Vormonats



ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de).

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: [www.gew.de/ew](http://www.gew.de/ew)

## TARIFVERHANDLUNGEN FÜR BESCHÄFTIGTE VON BUND UND KOMMUNEN GESTARTET

Ende Januar – nach Drucklegung der E&W – haben die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts bei Bund und Kommunen begonnen. Die Gewerkschaften fordern 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 350 Euro im Monat und wirksame Maßnahmen zur Entlastung. Dazu zählen höhere Zuschläge für Überstunden und besondere Arbeitszeiten, drei zusätzliche freie Tage pro Jahr und ein „Meine-Zeit-Konto“. Auf dem Konto sollen die Beschäftigten Entgelterhöhungen und Zuschläge ansparen können, um diese zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder für zusätzliche freie Tage beziehungsweise längere Freistellungsphasen zu nutzen. Zudem wollen die Gewerkschaften einen weiteren freien Tag pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder. Die Regelungen zur Altersteilzeit sollen wieder aktiviert werden. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll ein Jahr betragen. Das Tarifiergebnis soll zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden. Die zweite Tarifrunde ist für den 17./18. Februar terminiert, die dritte für den 14. bis 16. März. E&W berichtet in der März- und der April-Ausgabe. Alle Infos zur Tarifrunde finden Sie stets aktuell und umfassend auf der GEW-Website unter [gew.de/mehr](http://gew.de/mehr).

## GEW AUF DER BILDUNGSMESSE DIDACTA

Die weltweit größte Fachmesse für Bildung *didacta* findet vom 11. bis 15. Februar in den Messehallen Stuttgart statt. Die GEW ist wieder dabei und freut sich, Sie an ihrem Stand in Halle 3, Stand D82, zu begrüßen. Hier erwarten Sie nette Gespräche, Infomaterial und eine kleine Auszeit bei Kaffee oder Tee. Für junge Mitglieder sowie Referendarinnen und Referendare hat der GEW-Landesverband Baden-Württemberg ein spezielles Beratungsangebot und Aktionen am Schulstand geplant. Zudem ist die Bildungsgewerkschaft mit Veranstaltungen im Messeprogramm vertreten, unter anderem beim „Forum didacta aktuell“ mit der GEW-Vorsitzenden Maike Finnern („Demokratiebildung und -erziehung in der Schule“, 11. Februar,

14.45 Uhr, „Qualität im Ganztage – Zukunft [mit]gestalten“, 13. Februar, 10.30 Uhr).

## GEW MACHT SCHLUSS MIT X!



*Gemeinsam mit ver.di hat die GEW Anfang Januar die Social-Media-Plattform X – ehemals Twitter – verlassen und ist zu Bluesky gewechselt.* Anlass für diesen Schritt war das Live-Gespräch zwischen dem Eigentümer von X, dem US-Milliardär Elon Musk, und der AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, Alice Weidel. Beide Gewerkschaften kritisieren X als Forum für die Verbreitung von rechtsextremistischen Positionen, von Hass und Hetze, von Demokratiefindlichkeit und Desinformation. Seit der Übernahme der Plattform durch Musk wird immer klarer, dass die X-Algorithmen demokratiefeindliche Narrative bevorzugt behandeln. Auf den Plattformen Instagram und Facebook wird die GEW vorerst bleiben.

## **Beitragsanpassung ab Februar 2025**

Die Tarifrunde der Länder Ende 2023 brachte bis jetzt monatliche Sonderzahlungen sowie eine einmalige Inflationsausgleichsprämie (beide steuer- und sozialabgabenfrei) und danach eine gehaltstabellenwirksame Sockelerhöhung von 200 Euro für alle Länderbeschäftigten. Zum 1. Februar 2025 erfolgte eine tabellenwirksame Erhöhung der Gehälter in Höhe von 5,5 Prozent. Entsprechend wird der GEW-Beitrag für diese Mitglieder angepasst. Die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten findet Schritt für Schritt auf Landesebene statt – landesspezifische Unterschiede werden bei der Berechnung des GEW-Mitgliedsbeitrags berücksichtigt. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags orientiert sich am Einkommen der Mitglieder. Mitglieder, die sich in Elternzeit oder in finanziellen Schwierigkeiten befinden, zum Beispiel aufgrund von Arbeitslosigkeit, sollten sich an die Mitgliederverwaltung ihres Landesverbandes wenden.  
Nick Strauss  
Schatzmeister der GEW

# PRÄMIE DES MONATS



## Februar: CinemaxX-Gutscheine

Lachen, weinen, zittern, schmachten, erschrecken ...  
Auch große Emotionen sind im Kollektiv am schönsten.  
Vier Freitickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit.



**Mitmachen lohnt sich!**  
Ein neues GEW-Mitglied werben und  
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:  
[www.gew.de/praemie](http://www.gew.de/praemie)



**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!**

**Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:**

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



DER INVESTITIONSBEDARF IM BILDUNGSSYSTEM WIRD VON FACHLEUTEN AUF MINDESTENS 130 MILLIARDEN EURO FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE GESCHÄTZT. OHNE DIESE FINANZMITTEL DROHT DER SYSTEMKOLLAPS.

Foto: IMAGO/photothek

## „VERZWEIFELTER ZUSTAND“



**MATTHIAS HOLLAND-LETZ**  
freier Journalist

*Ob Hochschule, Kita oder Schule – das öffentliche Bildungswesen ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau ist vor allem bei der Infrastruktur und den Gebäuden groß.*

### **Krisenfall Hochschule**

Die Technische Universität (TU) Berlin befindet sich „in einem verzweifelter Zustand“, heißt es in einem offenen Brief der Hochschule, der im Juli 2023 dem Berliner Senat übergeben wurde. Wasserrohrbruch im Chemie-Gebäude, defekte Labore, kaputte Haustechnik, selbst die Uni-eigene Stromversorgung ist sanierungsbedürftig. Der Investitionsstau an der traditionsreichen Hochschule – 32.000 Studierende, 7.200 Beschäftigte –

betrage 2,4 Milliarden Euro. Immer wieder müssten Gebäudeteile kurzfristig gesperrt werden, beklagt Stefanie Nickel, Vorsitzende des Personalrats der TU Berlin. „Das ist mit hohem Umzugsaufwand, Frustration und dem Ausfall von Lehrveranstaltungen verbunden“, erklärt die 47-jährige Personalrätin. Hinzu kämen „massive Einschränkungen in Forschung und Verwaltung“. Als Ursache nennt sie die „finanzielle Misere des Landes Berlin“ sowie „jahrzehntelange Versäumnisse bei der Sanierungs- und Bauplanung“.



*Die Kürzungen des Berliner Senats an den Hochschulen müssen im Kontext eines konservativen Angriffs auf die soziale und progressive Infrastruktur gesehen werden.*



GABRIEL TIEDJE,  
ASTA TU BERLIN

Licht am Ende des Tunnels ist für die Berliner Hochschulen nicht zu sehen. Der schwarz-rote Senat kündigte für das Haushaltsjahr 2025 an, im Bereich Wissenschaft 250 Millionen Euro zu streichen. „Man muss diese Kürzungen im Kontext eines konservativen Angriffs auf die soziale und progressive Infrastruktur sehen“, urteilt Gabriel Tiedje vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der TU Berlin. Er befürchtet nicht nur katastrophale Auswirkungen auf die Qualität der Lehre. „Jobs für Studierende werden wegfallen, und die Betreuung der Studierenden wird schlechter“, erklärt Tiedje.

#### **Krisenfall Kindertagesstätte**

Hamburg-Eimsbüttel, Oberstraße 14b. Sitz der Elbkinder Vereinigung Hamburger Kitas gGmbH. Das gemeinnützige Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg betreut 32.000 Mädchen und Jungen in 177 Kitas und im Ganztage an Schulen. Auch hier Sanierungsstau – und der belastet Kinder wie Beschäftigte gleichermaßen. „Sonnenschutz im Sommer ist ein großes Thema“, erklärt Marina Jachenholz, Vorsitzende des Betriebsrates. Ebenso das Raumklima. Auch fehle es in vielen

Einrichtungen, mitunter in alten Villen untergebracht, an echtem Lärmschutz. „Das ist nicht gesundheitsfördernd.“ Die 61-Jährige betont: „Wir sind der Meinung, dass viele alte Kita-Gebäude nicht als Kita und somit auch nicht als Arbeitsstätte geeignet sind.“ Hinzu komme die gesetzlich vorgeschriebene energetische Sanierung, die „nicht ausfinanziert“ sei.



*In vielen Kita-Einrichtungen fehlt es an echtem Lärmschutz.*



MARINA JACHENHOLZ,  
VORSITZENDE DES BETRIEBSRATES  
DES GRÖSSTEN KITA-TRÄGERS ELBKINDER  
DER HANSESTADT HAMBURG

Außerdem: Die Geschäftsführung begann Anfang 2024, insgesamt 80 Stellen für pädagogisch Beschäftigte in den Kitas zu streichen – „aufgrund der finanziellen Schieflage der gGmbH“, erläutert Jachenholz. Für das verbleibende Fachpersonal bedeute das: „Jetzt haben wir noch mehr Tage, an denen wir unterbesetzt sind.“ Die entsprechenden Entscheidungen werden im Aufsichtsrat der gGmbH gefällt, dessen Vorsitzende ist die für Kitas zuständige Senatorin Melanie Schlotzhauer (SPD). Diese fahre einen strikten Kürzungskurs. „Oberste Prämisse des Senats ist die Wirtschaftlichkeit“, fasst Jachenholz zusammen.

#### **Krisenfall Schulgebäude**

„Es ist verdammt traurig, dass bei der Bildung so viel gekürzt wird“, sagt Rahel Sebhät, 44 Jahre, Mutter, aus Frankfurt am Main. „Wie lange müssen wir uns das noch bieten lassen?“ Ihre Tochter Elisa, 13 Jahre, besucht die 8. Klasse des Frankfurter Gymnasiums Römerhof. Die Schule, gegründet 2018, besteht bislang ausschließlich aus Stahlcontainern. Der Neubau ist seit Jahren versprochen, kommt aber nicht in Gang. Was die Schülerinnen und Schüler besonders belastet: Seit den Herbstferien können die Klassenzimmer nicht beheizt werden. Die Kinder sitzen mit Jacken im Unterricht und frieren. „Ich gebe meiner Tochter extra eine Skihose mit“, erklärt Sebhät. In jedem Containerraum steht nun ein kleiner, trans-





DIE ELBKINDER SIND DER GRÖSSTE KITA-TRÄGER IN HAMBURG. AUCH WENN MAN ES VIELEN EINRICHTUNGEN VON AUSSEN NICHT ANSIEHT, IST DER SANIERUNGSBEDARF ENORM.

Foto: Babette Brandenburg

>>> portabler Heizlüfter. „Dadurch verschlechtert sich die Luftqualität“, sagt die 44-Jährige. „Und das ist schlecht für die Konzentration.“



*Es ist verdammt traurig,  
dass bei der Bildung so viel gekürzt wird.*



RAHEL SEBHAT,  
MUTTER EINER SCHÜLERIN DES GYMNASIUMS  
RÖMERHOF IN FRANKFURT AM MAIN

Das zuständige Dezernat der Stadt Frankfurt erklärt auf Anfrage der E&W: Der Defekt an der Heizung sei seit Sommer bekannt. „Zwischenzeitlich wurden zwei Platinen und eine Pumpe ausgetauscht, was leider nicht zum

gewünschten Erfolg geführt hat.“ Im November habe man festgestellt, dass zwei Kompressoren ausgetauscht werden müssen. „Diese Arbeiten sind beauftragt, und wir warten auf einen Ausführungstermin der beauftragten Firma.“ Das Gymnasium Römerhof im Stadtteil Bockenheim ist nicht die einzige Schule in Frankfurt, in der Kinder und Jugendliche nicht in einem ordentlichen Schulgebäude lernen können. In der Bankenmetropole gibt es sechs allgemeinbildende Schulen, die vollständig in Stahlcontainern untergebracht sind. Laut Presseberichten liegt der Investitionsstau an Frankfurter Schulen bei 2,5 Milliarden Euro.

#### **Krisenfall Ganztagschulen**

Ab dem Schuljahr 2026/27 erhalten Eltern schrittweise einen Rechtsanspruch darauf, dass ihr Kind an der Grundschule einen Ganztagsplatz erhält. So will es ein Bundesgesetz – und die Kommunen haben große Mühe, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Auch in Hückeswagen, einer Kleinstadt östlich von Düsseldorf



im Bergischen Land, mit gut 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Fachwerkstadt ist verantwortlich für zwei Grundschulen und eine Förderschule mit Primarbereich.



*Die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand.*



DIETMAR PERSIAN (PARTEILOS),  
BÜRGERMEISTER VON HÜCKESWAGEN (NRW)

Derzeit besuchen 261 Kinder den Offenen Ganztags in den drei Schulen. Wenn die Erweiterungsbauten fertig sind, will die Stadt 460 Plätze anbieten. Voraussichtliche Investitionskosten: zehn Millionen Euro. Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) beteiligt sich voraussichtlich mit 555.000 Euro. „Völlig unzureichend“, urteilt Bürgermeister Dietmar Persian (parteilos). Er teile die Auffassung, „dass der Bund auch in diesem Bereich den Kommunen eine neue Pflichtaufgabe überträgt, aber die Finanzierung nicht sicherstellt“. Ohnehin stünden die Kommunen finanziell mit dem Rücken an der Wand, erklärt Persian. „Das Thema trägt dazu bei, dass wir keine eigenen Handlungsmöglichkeiten mehr haben.“

#### **Krisenfall Schulsozialarbeit**

Senftenberg im südlichen Brandenburg, 23.000 Menschen leben hier. „Hilferuf aus der Multikulti-Schule“, titelte die Lausitzer Rundschau im April 2024. Die Regenbogen-Grundschule in Senftenberg, an der Kinder aus 16 Nationen lernen, benötige dringend eine weitere Stelle für Sozialarbeit. 395 Schülerinnen und Schüler besuchen die Klassen 1 bis 6. Bei 11 Prozent sei „besonderer Förderbedarf“ festgestellt worden, teilt die Stadt Senftenberg mit. Es gebe soziale Spannungen, psychische Auffälligkeiten und Defizite im sozialen Miteinander. „Die Probleme mit Schülern nehmen zu“, warnte die stellvertretende Schulleiterin Manuela Kühne bereits im November 2023. Bisher gibt es an allen vier Grundschulstandorten im Ort je eine Stelle für Schulsozialarbeit – finanziert von der Stadt als freiwillige Leistung. Senftenberg würde gerne zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen. Doch der Stadt fehlen

## **GEW für ein „Sondervermögen Bildung“**

Mit Blick auf die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar ruft die GEW dazu auf, die deutschlandweite Bildungsmisere mit einer großen Kraftanstrengung zu beseitigen. Dazu bedürfe es enormer zusätzlicher Finanzmittel. Deshalb müssten etwa die Vermögensteuer wiedereingeführt und der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer erhöht werden.

Die GEW schlägt ein „Sondervermögen Bildung“ des Bundes vor, das mindestens 130 Milliarden Euro umfassen soll. Die Gewerkschaft stützt ihre Forderung auf eine aktuelle Studie, die die Berliner Denkfabrik Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen vorgelegt hat. Die Denkfabrik untersuchte Bereiche wie Wohnen, Verkehr, Klima-Anpassung, Verteidigung sowie Bildung, sie verarbeitete dazu den Input zahlreicher Fachleute, Politikerinnen und Politiker. Die Studie zeigt auf, wie hoch die „zusätzlichen öffentlichen Finanzbedarfe“ bis 2030 sind, „um auch in den kommenden Jahren Produktivität, Daseinsvorsorge und Sicherheit zu gewährleisten“. Für Bildung sieht Dezernat Zukunft einen „Zusatzbedarf von 127,2 Milliarden Euro bis 2030“. Bei allgemeinbildenden Schulen liege der Sanierungsstau bundesweit bei 57,1 Milliarden Euro. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung schlage für Investitionen und Personal mit 10,1 Milliarden Euro zu Buche. Der Lehrkräfte-Mehrbedarf zur Sicherung der heutigen Schüler-Lehrkräfte-Relation wird mit einer Zusatzinvestition von mindestens 15,5 Milliarden Euro beziffert. Die weitere Digitalisierung in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erfordere neun Milliarden Euro. Für die Instandsetzung von Hochschulgebäuden seien 5,1 Milliarden Euro nötig. Für zusätzliches Kita-Personal werden 13,6 Milliarden Euro veranschlagt. Die Sanierung und der Ausbau der räumlichen Infrastruktur in Kitas kosten laut Kreditanstalt für Wiederaufbau zehn Milliarden Euro.

MHL





Foto: Matthias Holland-Letz

PROVISORIUM ALS DAUERZUSTAND: DER UNTERRICHT IM GYMNASIUM RÖMERHOF IN FRANKFURT AM MAIN FINDET SEIT MEHR ALS SECHS JAHREN AUSSCHLIESSLICH IN CONTAINERN STATT. MIT DEM VOR LANGEM VERSPROCHENEN NEUBAU IST IMMER NOCH NICHT BEGONNEN WORDEN.

>>> die Mittel. „Wir brauchen bei der Finanzierung dringend Hilfe vom Land Brandenburg“, erklärt Bürgermeister Andreas Pfeiffer (CDU). Diese Hilfe bleibt bislang aus.



*Wir brauchen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit dringend Hilfe vom Land Brandenburg.*



ANDREAS PFEIFFER (CDU),  
BÜRGERMEISTER VON SENFTENBERG  
(BRANDENBURG)

„Die psychischen Belastungen Jugendlicher haben zugenommen“, betont auch Volker Kugel, beim SOS-

Kinderdorf e. V. in Kaiserslautern zuständig für Schulsozialarbeit. „In den Grundschulen treffen die Kolleginnen und Kollegen auf immer mehr Kinder, die nur unzureichend schulfähig sind“, ergänzt der 60-Jährige. Das SOS-Kinderdorf Kaiserslautern beschäftigt 17 Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die an zwölf Schulen aktiv sind. Und die berichten laut Kugel immer wieder von Überforderung und Überlastung. Oft sei nur eine Kollegin oder ein Kollege an einer Schule tätig, der Austausch untereinander fehle.

Auch andernorts wird die Forderung laut, zusätzliche Stellen zu schaffen. In Baden-Württemberg gab es laut Statistik für 2022 an den landesweit 4.500 Schulen lediglich 1.877 Stellen für Schulsozialarbeit. Der GEW-Landesverband im südwestlichen Bundesland dringt denn auch darauf, dass die Schulsozialarbeit „flächendeckend ausgebaut“ und „zuverlässig“ durch das Land mitfinanziert werde. Auch gelte es, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter tarifgerecht einzugruppieren.

### Krisenfall Startchancen-Programm

Bund und Länder planen im Rahmen des Startchancen-Programms, 20 Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre bereitzustellen – zugunsten von 4.000 Schulen mit besonders hohem Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Ein Schritt in die richtige Richtung, urteilt die GEW. Doch das Geld erreicht lediglich 10 Prozent aller Schulen. Unterstützungsbedarf haben laut Gewerkschaft aber 20 Prozent aller Schulen. Die GEW-Vor-



*Das Kooperationsverbot muss weg.  
Wir brauchen in der Bildung  
ein Kooperationsgebot.*



MAIKE FINNERN,  
GEW-VORSITZENDE

sitzende Maïke Finnern kritisiert zudem, dass die Laufzeit mit zehn Jahren „viel zu kurz“ sei. Auch rechneten einige Bundesländer ihren Finanzierungsanteil klein, indem sie bestehende Förderprogramme als Beitrag zum Startchancen-Programm deklarieren. Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Mittel aus einem „Sondervermögen Bildung“ (s. Kasten Seite 9), das die Gewerkschaft vorschlägt, vor allem jenen zugutekommen, die arm und sozial benachteiligt sind. Dies lässt sich mit einem Verteilungsschlüssel erreichen, der auf dem „Multiplen Benachteiligungsindex“ (MBI) basiert. Entwickelt im Auftrag der GEW, berücksichtigt der MBI Faktoren wie die Wirtschafts- und Finanzkraft des Bundeslandes, den Bildungsstand der Bevölkerung und den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Ein großes Hindernis für die Generalsanierung des Bildungswesens sei zudem das Kooperationsverbot, das die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungssektor erschwert. „Das Kooperationsverbot muss weg“, erklärt Finnern. „Wir brauchen ein Kooperationsgebot.“ ■

Studie des Dezernat Zukunft: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)



**Become an Influent Host Teacher!**

**influent**  
LANGUAGE IMMERSION

## Lehrer\*in / Gastfamilie gesucht

Unsere Sprachschüler\*innen vom Teenager bis zum Erwachsenen lernen Deutsch als Fortgeschrittene oder Anfänger und besuchen das Gastland in der Regel für ein bis zwei Wochen. Wir suchen Lehrer\*innen als Gastgeber, die eine Unterkunft und drei Mahlzeiten sowie – optional – auch Aktivitäten und Sprachunterricht anbieten können.

Die Vergütung liegt je nach Unterrichtsumfang zwischen 700 und 1200 Euro in der Woche.

Gerade Anfänger brauchen gemeinsame Aktivitäten und Sprachschulung. Die Voraussetzung für den Unterricht sind ein beliebiger Universitätsabschluss und mindestens zwei Jahre Erfahrung als Lehrer\*in.

Sie allein entscheiden, wen Sie aufnehmen, ob und in welchem Umfang Sie unterrichten.

Kontaktieren Sie uns, um mehr zu erfahren:  
[www.influentme.com](http://www.influentme.com) oder [host@influentme.com](mailto:host@influentme.com)

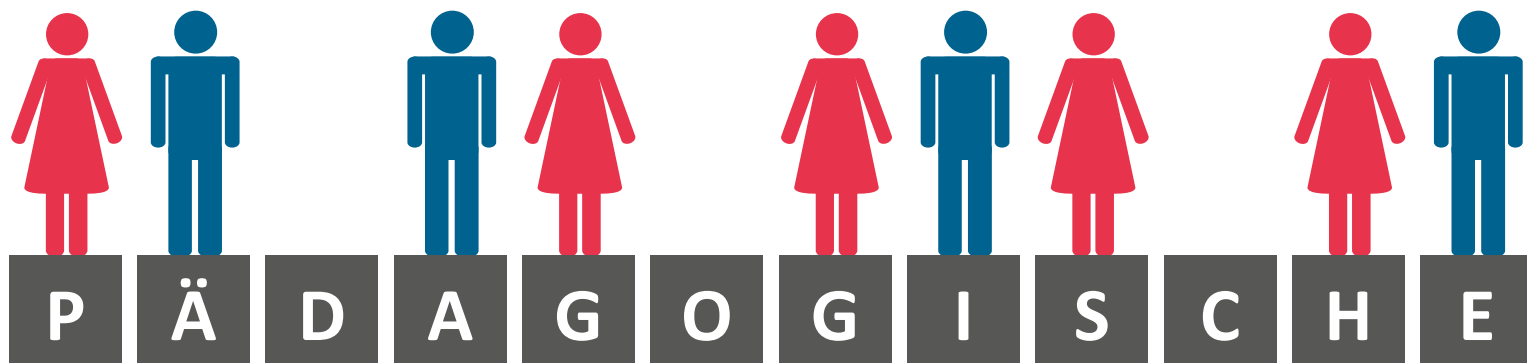
# DAUERHAFTER NOTSTAND



SVEN HEITKAMP  
freier Journalist

*Der Personalmangel in Schulen, Kitas und der Jugendhilfe ist immens. Darunter leiden die Bildungsqualität, die Betreuung der Kinder und Jugendlichen sowie die Fachkräfte. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung in der Grundschule könnte die Misere weiter verschärfen – wenn die neue Bundesregierung nicht handelt.*

**E**nde 2023 platzt Yvonne Lichnok der Kragen. 25 Jahre ist die Mathe- und Physiklehrerin im sächsischen Schuldienst, seit August 2021 leitet sie die Geschwister-Scholl-Oberschule Krauschwitz in der Oberlausitz. Doch die Bedingungen für die 240 Schülerinnen und Schüler sowie das Kollegium sind für sie kaum noch tragbar. „Ich habe nur Krisen kennengelernt“, sagt die 54-Jährige. „Ich kann meinem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden.“ Statt der 21 benötigten Lehrkräfte stehen an der Schule zurzeit nur 16 Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.



Die Folgen: Ausfall von Unterricht, Aufhebung der Binnendifferenzierung und gravierende Wissenslücken in Abschlussklassen.

Die engagierte Lehrerin wagte sich aus der Deckung und schrieb als Privatperson eine Petition an den Landtag, die von mehr als 500 Menschen unterzeichnet wurde. Lichnok bekam sogar einen Termin mit dem damaligen Kultusminister Christian Piwarz (CDU). Sie nutzte auch die Auftritte der Politprominenz in Dresden, um nach Hilfe zu rufen. Vergeblich. Als Antwort auf ihren Kampf bleibt ihr ein Satz Piwarzs in prägender Erinnerung: Man könne Lehrkräfte eben nicht backen. „Ich finde es dreist“, sagt sie, „dass man die Schulen mit den Problemen nahezu allein lässt.“



*Wir erleben eine zunehmende Deprofessionalisierung in der Bildung.*



MAIKE FINNERN,  
GEW-VORSITZENDE

Den Mut, sich öffentlich zu äußern, haben längst nicht alle. Doch Engpässe, Überlastung und Unterrichtsausfall sind vielerorts Alltag. Die jüngste Lehrkräfte-Bedarfsberechnung von Kai Eicker-Wolf und Ansgar Klinger von der GEW-Arbeitsgruppe Bildungsfinanzierung weist einen grassierenden Mangel aus: Bis 2030 fehlen mehr als 60.000 Lehrkräfte, bis 2034 sind es 74.000. Rechnet man den Bedarf für mehr Grundschulbetreuung, Inklusion

und Schulen in schwierigen Lagen hinzu, fehlen ab 2030 bis zu 140.000 Lehrkräfte.

Besonders betroffen sind Schulen in Wohngebieten, in denen sich Armuts- und soziale Problemlagen konzentrieren, sowie ländliche Regionen. Dort sprechen politisch Verantwortliche bereits vom „Bildungsnotstand“. Claudia Maaß, seit 2012 Lehrerin für Englisch und Geschichte an einer Oberschule am Leipziger Stadtrand, kennt das Dilemma. Zeitweise konnten an ihrer Schule in Englisch nur zwei von vier Pflichtstunden unterrichtet werden. In Biologie, Gemeinschaftskunde, Musik und anderen Fächern fiel monatelang Unterricht aus. Förder-, Inklusions- und Integrationsstunden fallen zuerst weg, obwohl viele teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen ihre Stundenzahl aufgestockt haben oder sogar mehr als Vollzeit unterrichten. „Das Team arbeitet an der absoluten Belastungsgrenze“, sagt die 46-Jährige. Doch die Schülerinnen und Schüler bestehen Prüfungen angesichts der Wissenslücken nur knapp. „Wir schaffen Teile des Lehrplans gar nicht“, erzählt Maaß. An anderen Schulen im Freistaat sei die Lage noch schlimmer. „Im Erzgebirge und in der Region Bautzen gibt es Oberschulen, die einen planmäßigen Unterrichtsausfall von 15 bis 17 Prozent hatten.“ An manchen Schulen würden Klassen mehrmals in der Woche mit Aufgaben nach Hause geschickt, da der Krankheitsausfall nicht kompensiert werden kann, berichtet Maaß. Selbst Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger kommen an betroffenen Landschulen kaum an oder kündigen bald wieder, weil sie der Überlastung nicht standhalten.

„Wir erleben eine zunehmende Deprofessionalisierung in der Bildung“, warnt die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. „Oft geht es nur noch darum, Unterricht oder Betreuung abzudecken – egal wie.“ Die Qualität der Bildung gerate zunehmend unter Druck. Dieser besorgniserregenden

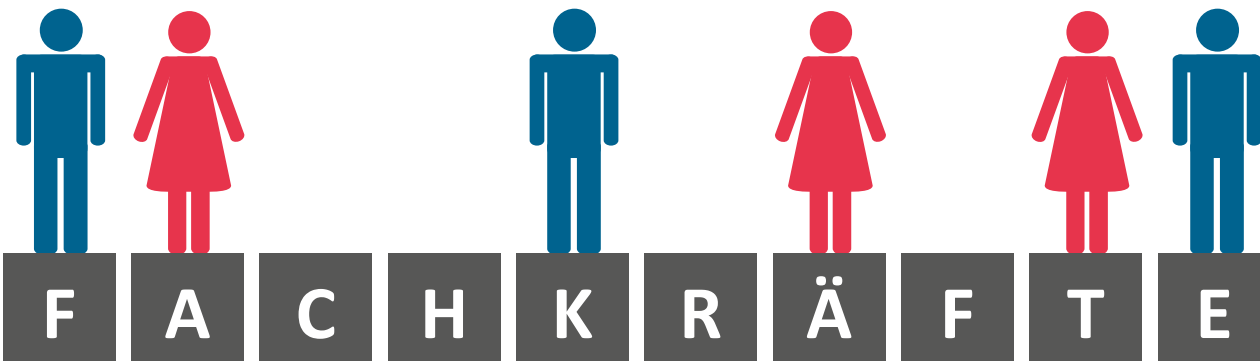


Foto: Adobe Stock/zplusz

DER FACHKRÄFTEMANGEL IM BILDUNGSBEREICH HAT MITTLERWEILE DRAMATISCHE AUSMASSE ANGENOMMEN.

>>> Entwicklung müsse man dringend entgegenwirken. Ein Schlüssel dafür liege in den Rahmenbedingungen, unter denen Kolleginnen und Kollegen gut arbeiten können – und nicht fortdauernd überlastet sind, weil sie für zwei arbeiten müssen. „Wenn die Arbeitsbedingungen besser wären, könnte man guten Gewissens mehr Leute für den Bildungsbereich werben“, so Finnern. Dazu gehörten auch eine Reform und Öffnung der Lehrkräfteausbildung sowie ein Ausbau der Studien- und Referendariatsplätze. Daneben müsse die Anerkennung im Ausland erworbener Lehrämter deutlich vereinfacht werden: „Wir verlieren viele Menschen, die im Ausland als Lehrkraft gearbeitet haben.“

### Hoher Anteil prekär Beschäftigter in Kitas

Die Ursache für die Misere sei nicht nur der demografische Wandel, sondern liege auch in den politischen Versäumnissen der Vergangenheit, sagt Finnern. Beispiel Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder, die jünger als drei Jahre sind: Hier sei es nicht geschafft worden, die notwendige Personal- und Infrastruktur sicherzustellen, um ein verlässliches Angebot für alle zu gewährleisten. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung an Grundschulen ab August 2026 drohe erneut eine personelle Unterausstattung (s. Seite 34 f.). Durch die Regelung über das achte Sozialgesetzbuch sei auch der Bund in der Pflicht, erläutert Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit. Die nächste Bundesregierung müsse den Rechtsanspruch absichern und für mehr Fachkräfte sorgen. Dafür seien eine bessere Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung und nicht zuletzt eine bessere Bezahlung nötig. „Bundesweit sind bisher 25 bis 30 Prozent

des Personals im Ganztags prekär beschäftigt“, kritisiert Siebernik. Diese Situation müsse deutlich besser werden. Personalmangel lernen Kinder in Deutschland allerdings schon vor der Schulzeit kennen. Der Paritätische

Gesamtverband ermittelte unlängst für die Kita-Landschaft 125.000 fehlende Fachkräfte. Daten des Ländermonitorings Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung zeigen zudem, dass Einrichtungen immer mehr Kräfte ohne formale pädagogische Voraussetzungen einstellen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. „Was



Foto: GEW Sachsen

CLAUDIA MAASS UNTERRICHTET SEIT 2012 AN EINER OBERSCHULE AM LEIPZIGER STADTRAND. SIE UND IHRE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN ARBEITETEN AN DER BELASTUNGSGRENZE, SAGT DIE LEHRERIN: „WIR SCHAFFEN TEILE DES LEHRPLANS GAR NICHT.“

der Notsituation geschuldet ist, könnte zur dauerhaften Praxis werden“, warnt die Stiftung.

Daniela K. aus einer Kita im südlichen Bayern weiß, was das bedeutet. Die 54-jährige Erzieherin leitet ein Team mit zurzeit 14 Kolleginnen. Doch jede dritte Stelle ihrer Einrichtung ist derzeit nicht besetzt. „Die Belastungen, der Stress, die Überstunden und der Krankenstand sind hoch“, erzählt K., die sich im Verband Kita-Fachkräfte Bayern für bessere Arbeitsbedingungen engagiert. „Die Kolleginnen sind ausgebrannt, die Bildung der Kinder kommt viel zu kurz.“ Viele Kolleginnen hätten zudem Angst, zeitweise allein in einer Gruppe mit bis zu 25 Kindern zu stehen oder aufgrund der Angebotskürzungen Konflikte mit Eltern allein austragen zu müssen. „Wir arbeiten am Limit“, sagt die erfahrene Kita-Leiterin, die selbst immer wieder Feuerwehreinätze übernehmen muss. Es komme zu wenig Nachwuchs in die Einrichtungen, weil der Job für viele junge Leute nicht mehr attraktiv sei. Nötig seien kleinere Gruppen, zusätzliches Personal und mehr Zeit für Leitungsarbeit.

**Die Arbeit der Jugendämter leidet unter permanenter Überlastung.**

Auch die Teams der Jugend- und Familienhilfe leiden unter Personalmangel, Überlastung und zu geringer Bezahlung. In Berlin machen Beschäftigte aus Jugendämtern mit ihrer Initiative „Weiße Fahnen“ seit mehr als zehn Jahren auf die Unterbesetzung aufmerksam (s. E&W 11/2020). „Das gesamte Jugendhilfesystem inklusive des Jugendamtes befindet sich im Kollaps“, sagt Anja Schauer von der AG Weiße Fahnen. „Statt bedarfsgerechter Unterstützung herrscht Elendsverwaltung.“ Kürzungen in Millionenhöhe, Arbeitsüberlastung und eine mangelhafte Ausstattung machten die Arbeit zum täglichen Kraftakt. Berlin ist kein Einzelfall. Nur ein Drittel der deutschen Jugendämter sieht sich in der Lage, alle Meldungen auf mögliche Kindeswohlgefährdungen aufzunehmen und zügig zu bearbeiten, ergab eine Studie der SOS-Kinderdörfer und von Transparency International. Zwei von drei Behörden gaben an, aus Personalmangel oft nicht adäquat reagieren zu können. Selbst attraktive Stellen in der Kinder- und Jugendhilfe könnten teils nur schwer und mitunter gar nicht besetzt werden, warnt zugleich das Deutsche Jugendinstitut. Eine riesengroße Herausforderung für die neue Bundesregierung. ■

Mehr Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

# Schon Wahl-O-Mat gespielt?

## Am 23. Februar ist Bundestagswahl!

Finde jetzt dein Match für  
Deutschland unter: [wahl-o-mat.de!](http://wahl-o-mat.de)

Wahl-O-Mat®

bpb  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

32. Internationale Fachmesse und Kongress

Europe's #1  
in digital learning

LEARNTEC

6. – 8. Mai 2025  
Messe Karlsruhe

→ Dein kostenfreies Messticket  
mit dem Code LT25Bildung

[learntec.de](http://learntec.de)

messe  
— karlsruhe



Foto: Kay Herschelmann

## MAIKE FINNERN

GEW-Vorsitzende

KOMMENTAR

# MUT ZUM KURSWECHSEL!

*Die neue Bundesregierung muss einen deutlichen Kurswechsel in der Bildungspolitik vornehmen. Dazu gehören neben der Einführung eines Kooperationsgebots für Bund, Länder und Kommunen ein Sondervermögen für Bildung und eine Reform der Schuldenbremse.*

Die Zukunft Deutschlands hängt maßgeblich von guter Bildung und fairen Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich ab. Deutschland startet in das Jahr 2025 ohne beschlossenen Bundeshaushalt und mit einer geschäftsführenden Regierung ohne Mehrheit im Bundestag. Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Doch es bietet sich auch eine große Chance auf Verbesserung, wenn der politische Wille zur Veränderung vorhanden ist. Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Dennoch bleibt sie zu oft ein unerfülltes Versprechen: Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung ist zunehmend ungleich verteilt. Viele dringend notwendige Maßnahmen befinden sich in einer unklaren politischen Hängepartie, beispielsweise der Digitalpakt 2.0, der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026, die Sicherung der dringend notwendigen Integrationskurse.

Um die Herausforderungen von sozialer Spaltung, zunehmend erschwerten Bedingungen und Qualitätsverlusten im Bildungsbereich bis zum Fachkräftemangel zu bewältigen, ist ein klarer Kurswechsel in der Bildungspolitik unerlässlich. Deutschland braucht eine nachhaltige, zukunftsfähige Bildungsoffensive! Ein Grundstein muss ein Sondervermögen von mindestens 130 Milliarden Euro sein, allein um den Investitionsstau in Schulen, Kitas und Hochschulen aufzulösen. Um die Qualität der Bildung zu verbessern, muss das Ziel des Dresdner Bildungsgipfels von 2008, ab 2015 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben, endlich erreicht werden. Die Bundesregierung muss zudem einen sozial gerechten Verteilungsschlüssel als Alternative zum Königsteiner Schlüssel etablieren.

Gelingen wird eine gute Finanzierung der Bildung nur, wenn zum einen die Schuldenbremse reformiert wird und zum anderen ein gerechteres Steuersystem Reiche mehr in die Verantwortung nimmt. Für eine nachhaltige Verankerung muss die neue Bundesregierung zusätzlich die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Sinne eines Kooperationsgebotes neu aufstellen.

Die Bildungsoffensive braucht gesamtgesellschaftliche Akzeptanz, damit sie gelingen kann. Daher müssen die Fachexpertise und praktische Erfahrung der Bildungsorganisationen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Vertretungen der Schüler\*innen, Studierenden und Eltern sowie der Wissenschaft einbezogen werden. Die neue Bundesregierung hat die Chance und die Pflicht, in unsere Zukunft zu investieren: für mehr Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt. Demokratie ist das Versprechen in gute Bildung für alle Menschen. Dieses muss endlich umgesetzt werden. Die GEW wird bei den Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung genau hinschauen und sich einmischen: für Verbesserungen für Beschäftigte und Bildungsteilnehmende! ■





# „ES WAR EIN GESCHENK, SO MIT DEN JUGENDLICHEN ARBEITEN ZU DÜRFEN UND ZU SEHEN, DASS UNSERE ARBEIT FRÜCHTE TRÄGT.“

Mit diesen Worten fasst Karin Thullner, Konrektorin der Steinbeis-Gesamtschule in Ilsfeld, ihre Erfahrungen mit der Schulpartnerschaft zur Global Leadership Academy in Jeffrey's Bay, Südafrika, zusammen. Ihre Schüler\*innen setzten gemeinsam mit der Partnerschule Projekte zu Themen wie Nachhaltigkeit und Menschenrechten um, die nicht nur den Unterricht bereichern, sondern auch bleibende Eindrücke hinterlassen – bei den Jugendlichen und Lehrkräften. Die Begegnungen, gefördert durch das entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA), schaffen etwas, was im Klassenzimmer oft nur schwer gelingt: Globales Lernen wird greifbar, lebendig und erfahrbar.

## Globale Partnerschaften für nachhaltige Bildung

Seit zwei Jahrzehnten fördert ENSA internationale Partnerschaften zwischen Schulen aus Deutschland und Schulen aus Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Dabei unterstützt das Programm sowohl Anbahnungsreisen für den Aufbau neuer Schulpartnerschaften als auch Begegnungsreisen zur Vertiefung bestehender Partnerschaften. Mit einer Förderung von bis zu 14.000 Euro und umfassender pädagogischer Begleitung ermöglicht ENSA Begegnungen auf Augenhöhe und praxisnahes Globales Lernen.

Die Projekte der Schüler\*innen orientieren sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen und behandeln Themen wie Diversität und Klimaschutz. Schüler\*innen lernen, globale Zusammenhänge zu erkennen und ihre Rolle in einer vernetzten Welt zu reflektieren.

## Raus aus dem Klassenzimmer

Heléna-Marie, Teilnehmerin eines ENSA-Austauschs, sagt: „Menschen zu begegnen, die die Welt ein Stück anders erleben als man selbst, hat meinen Blickwinkel nachhaltig verändert.“ Carlotta ergänzt: „ENSA hat mir Problematiken bewusstgemacht und verdeutlicht, rund um den Klimawandel und Menschenrechte.

Ich gehe nicht nur bewusster durch den Alltag, sondern verändere auch bewusst Verhaltensweisen.“

Auch Lehrkräfte profitieren. Marie Fischer, Lehrerin am Landschulheim Grovesmühle, begleitet eine Partnerschaft mit der EET Nro 2 Obispo Colombre in Argentinien. Sie schätze insbesondere an der Partnerschaft, „einen Austausch auf Augenhöhe gemeinsam zu planen und zu gestalten und währenddessen so unglaublich viel voneinander zu lernen.“ Lehrkräfte und Schüler\*innen eröffnet der Blick über den Tellerrand neue Perspektiven. Globale Partnerschaften erweitern den kulturellen Horizont, fördern ein tieferes Verständnis für globale Zusammenhänge und stärken Toleranz und Solidarität über Grenzen hinweg.

## Engagement Global gGmbH

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm

Lützowufer 6 • 10785 Berlin

Telefon: +49 30 254 82-3435

ensa-programm@engagement-global.de

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ist ein Angebot von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



# FÜR DIE JÜNGSTEN DIE BESTEN



**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Die GEW verlangt ein Kita-Qualitätsgesetz, das bundeseinheitliche Standards schafft. Untrennbar damit verbunden sind die Weiterentwicklung und eine größere Attraktivität des Berufes.*

**A**m 1. Januar 2025 ist das dritte Kita-Qualitätsgesetz in Kraft getreten. Mit dem Gesetz unterstützt der Bund die Länder in den kommenden zwei Jahren mit insgesamt rund vier Milliarden Euro. Für die GEW ist damit indes kein Ziel, sondern nur ein Zwischenschritt erreicht: Sie fordert eine dauerhafte, hälftige Beteiligung des Bundes an den Kosten guter Kindertageseinrichtungen in Höhe von jährlich zwölf Milliarden Euro. Immerhin kann das Geld aus dem weiterentwickelten

Kita-Qualitätsgesetz in Handlungsfelder investiert werden, die auch die GEW als wichtig betrachtet. Zu den sieben möglichen Bereichen gehören unter anderem bedarfsgerechtes Angebot, Fachkraft-Kind-Schlüssel, Stärkung der Leitung sowie Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte.

Vor allem Letzteres ist bitter nötig: Laut dem im Dezember 2024 veröffentlichten „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung



*Die Belastung der Fachkräfte in den Kitas ist enorm. Immer mehr Erzieherinnen und Erzieher arbeiten in Teilzeit oder verlassen das Berufsfeld.*



DOREEN SIEBERNIK,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED  
JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

sinkt der Anteil der Fachkräfte in den Kitas. 2023 kam nur etwa jedes dritte Kita-Team (32 Prozent) auf die empfohlene Quote von mehr als acht Fachkräften bei zehn pädagogisch tätigen Personen. Doreen Siebner, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, sieht darin „eine erhebliche Bedrohung der Qualität der frühkindlichen Bildung“ und warnt zugleich vor einer Deprofessionalisierung des Berufsfeldes.

Die GEW setzt sich seit Jahren für ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz mit einheitlichen Standards ein. Zentral ist dabei eine bessere Fachkraft-Kind-Relation: für Kinder, die jünger als ein Jahr sind, von 1:2, für Ein- bis Dreijährige von 1:3 und für Dreijährige bis zum Schulbeginn von 1:8. 25 Prozent der vereinbarten vertraglichen Arbeitszeit müssten zudem als mittelbare pädagogische Arbeitszeit zur Verfügung stehen. Leitungskräfte sollten für die mit dieser Position verbundenen Aufgaben freigestellt werden. Die Gewerkschaft fordert für die Beschäftigten zehn Fort- und Weiterbildungstage pro Jahr sowie einen gesetzlichen Anspruch auf Fachberatung.

Siebner mahnt darüber hinaus: „Die Belastung der Fachkräfte in den Kitas ist enorm. Immer mehr Erzieherinnen und Erzieher arbeiten in Teilzeit oder verlassen das Berufsfeld.“ Die Arbeitsbedingungen müssten massiv verbessert werden.

Für die Gewerkschaft ist wichtig, den Erzieherinnenberuf aber schon viel früher attraktiver zu machen: indem Ausbildungsgelder abgeschafft, die Studiengänge für Kindheitspädagogik weiter etabliert werden und die Akademisierung des Berufsfeldes vorangetrieben wird. Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern solle der Hochschulzugang erleichtert werden, um die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsgängen und Qualifikationsniveaus zu verbessern.

Siebner betont: „Alle Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel müssen darauf ausgerichtet sein, dass die am besten qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen mit den jüngsten Kindern arbeiten.“ ■

15-Punkte-Programm „Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für die Frühe Bildung“: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)



# Burn-out Schmerzen Chronische Erschöpfung (CFS)

**BEIHILFEFÄHIG**



**Bewährtes therapeutisches Konzept bei Erschöpfungs-Syndrom in der Klinik am Steigerwald**

**Die Klinik am Steigerwald verfügt über 28 Jahre Erfahrung in der Behandlung des chronischen Erschöpfungssyndroms (CFS/ME) und chronischer Schmerzerkrankungen mit den Möglichkeiten der Chinesischen Medizin (TCM).**

**Wir nehmen uns Zeit für die Patienten**

Eine Besonderheit der Chinesischen Medizin ist, dass sie die Symptomsprache des Menschen ernst nimmt und auf besondere Weise interpretiert. Die wichtigste Säule ist dabei die chinesische Arzneitherapie. Individuell zusammengestellte Arzneirezepturen bilden die Grundlage, unterstützt von Gesprächen, Akupunktur, Diätetik, QiGong sowie intensiver Körpertherapie in Einzelsitzungen (60 Min.) und Kleingruppen. Wichtig: Die Schulmedizin wird bei Bedarf herangezogen. Dem Klinikaufenthalt schließt sich in der Regel eine ambulante Behandlung an, um die therapeutischen Erfolge zu stabilisieren und auszubauen.

Manchmal steht ein über Jahre sich entwickelndes Burn-out hinter einer Erschöpfung, manchmal auch chronische Entzündungen oder andere immunologische Dauerthemen. Häufig entwickeln sich mit der Zeit zudem chronische Schmerzen an Rücken, Gelenken oder am Kopf.

So klären Sie Ihre Behandlungschancen



istock.com © Peoplimages

**Klinik am Steigerwald**  
Waldesruh  
97447 Gerolzhofen  
Tel: 0 93 82 / 949 - 0  
[info@tcmklinik.de](mailto:info@tcmklinik.de)

**So klären Sie Ihre Behandlungschancen:**

- Bestellen Sie online oder telefonisch die Unterlagen der Klinik am Steigerwald.
- Füllen Sie den Fragebogen mit Ihrem Beschwerdebild aus und senden diesen an uns zurück (gern auch über den QR-code)
- Ein Arzt der Klinik wird daraufhin für Sie kostenfrei anrufen, um die Möglichkeiten der Therapie mit Ihnen ausführlich zu besprechen.

Das Arztgespräch dient Ihrer Information und ist unverbindlich.

Tel. 0 93 82 / 949 - 0

- **BEIHILFEFÄHIG**
- **AKUTAUFNAHME MÖGLICH**

[www.tcmklinik.de](http://www.tcmklinik.de)

# ZU WENIG GELD FÜR MEHR CHANCENGLEICHHEIT



**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Bund und Länder wollen den sogenannten Digitalpakt Schule fortsetzen. Allerdings werde das dafür eingeplante Geld kaum ausreichen, stellt die GEW fest.*

Nach monatelangem Streit haben sich Bund und Länder im Dezember 2024 auf eine Fortsetzung des Digitalpakts verständigt. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) sollen beide Seiten in den kommenden sechs Jahren jeweils 2,5 Milliarden Euro investieren, um die digitale Infrastruktur an Schulen zu verbessern, Lehrkräfte fortzubilden und die Entwicklung innovativer Lehr- und Lernmethoden zu fördern.

Die GEW hatte wiederholt eine Fortsetzung des im Mai 2024 ausgelaufenen Förderprogramms für Schulen gefordert, inklusive Aufstockung und Verstetigung. Daher begrüßte die Gewerkschaft den Beschluss,

kritisierte jedoch, das Fördervolumen sei zu niedrig. „20 Milliarden Euro in fünf Jahren sind für die allgemein- und berufsbildenden Schulen die Untergrenze“, sagte Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. Früheren Analysen der Gewerkschaft zum Basis-Digitalpakt zufolge werden für die allgemeinbildenden Schulen 15,76 Milliarden Euro über fünf Jahre benötigt, für die berufsbildenden Schulen 5,265 Milliarden Euro – insgesamt also 21,025 Milliarden Euro.

Zur digitalen Grundversorgung für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte zählen für die GEW dabei ein kostenfreier Zugang zum Internet, schnelles WLAN und barrierefreie Geräte. Lernplattformen sollten in öffentlicher Verantwortung sein und neben Qualität auch Datenschutz und Rechtssicherheit gewährleisten. KI-gestützte Anwendungen und automatisierte Lernsysteme müssten streng geprüft und Leitlinien für den Bildungsbereich entwickelt werden. Die Schuldigitalisierung dürfe nicht zu einer größeren Einflussnahme der Industrie auf Bildungsinhalte führen. Für die Entwicklung von Konzepten und Fortbildungen der Lehrkräfte müssten die Schulen ausreichend Zeit und Unterstützung erhalten.



*20 Milliarden Euro in fünf Jahren  
sind für die allgemein- und berufsbildenden  
Schulen die Untergrenze.*



ANJA BENSINGER-STOLZE,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

Für den ersten Digitalpakt Schule, den Bund und Länder im Jahr 2019 unterzeichnet hatten, standen zunächst fünf Milliarden Euro zur Verfügung. 2020 wurde die Förderung im Zuge der Corona-Pandemie um 1,5 Milliarden auf damit insgesamt 6,5 Milliarden Euro erhöht. Der jüngste Beschluss bleibt deutlich dahinter zurück. Zudem können die Länder zwei Milliarden ihres Anteils für bereits geplante und laufende Maßnahmen anrechnen. Ohnehin ist das Vorhaben mit Fragezeichen versehen,

da die Haushaltssituation des Bundes für 2025 nicht geklärt und unklar ist, wie sich die neue Bundesregierung zum Digitalpakt 2.0 positioniert.

Die GEW kritisiert auch, dass die Gelder nicht nach sozialen Indikatoren verteilt würden und deshalb nicht zielgerichtet in benachteiligten Schulen landeten. Alle Kinder und Lehrkräfte müssten die gleichen Möglichkeiten erhalten, betont Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. „Deshalb ist die Mittelverteilung nach dem ‚Königsteiner Schlüssel‘ – wie vorgesehen – nicht zielführend.“ Außerdem blieben wichtige Fragen offen, etwa die Wartung der Geräte. Die GEW verlangt, auch Gelder für IT-Administratorinnen und -Administratoren dauerhaft in die Haushalte einzustellen.

Für die Gewerkschaft darf der Digitalpakt zudem nicht auf Schulen begrenzt bleiben, sondern muss auf die frühe Bildung, Hochschulen und Weiterbildung ausgeweitet werden. ■

Mehr Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

**Viel  
falt.**  
Mediathek

[www.vielfalt-mediathek.de](http://www.vielfalt-mediathek.de)



News-  
letter

Merk-  
liste

**Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus,  
Menschenfeindlichkeit und Gewalt.  
Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.**

**Diskriminierung im Klassenraum?  
Rechte Sprüche im Seminar?**

**Über 2.500 Materialien zum  
kostenlosen Download**

- › Broschüren und Bücher
- › Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
- › Trainingsordner und Handbücher
- › Audios und Videos

 **IDA** Informations- und  
Dokumentationszentrum  
für Antirassismusbildung e.V.

Gefördert vom

 Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

# „HANNA“ WARTET WEITER AUF ENTFRISTUNG



**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Obwohl die scheidende Bundesregierung zu Amtsantritt 2021 erklärt hatte, das Befristungsunwesen an den Hochschulen einzudämmen, hat sich die Situation nicht verbessert. Eine grundlegende Reform des Wissenschaftszeitvertrags-gesetzes (WissZeitVG) steht nach wie vor aus.*

Als der Koalitionsvertrag der Ampelregierung Ende 2021 vorgestellt wurde, konnte sich die GEW mit Blick auf ihre hochschul- und wissenschaftspolitischen Forderungen auf die Schultern klopfen. „Wir haben Spuren hinterlassen“, sagte Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, damals im Interview mit der „taz“.

Als Beleg ließen sich viele Pläne der Koalition aufzählen: Reform des WissZeitVG, Planbarkeit und Verbindlichkeit in der Postdoc-Phase, Bindung der Laufzeit von

Promotionsstellen an Projektlaufzeiten, verbindliche Ausgestaltung der familien- und behindertenpolitischen Komponente – und so weiter. Der GEW-Slogan „Dauerstellen für Daueraufgaben“, der für Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement gilt, wurde sogar wörtlich übernommen.

Vorausgegangen war eine jahrelange Kampagne, an der sich auch die GEW beteiligte. Für Schlagzeilen sorgte 2021 der Hashtag #IchBinHanna auf Twitter. Der Hashtag wurde von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Leben gerufen, um gegen die Befristungsregelungen im WissZeitVG zu protestieren. Auslöser des Protests war ein Imagevideo des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, in dem eine fiktive Person namens Hanna die Vorteile der geltenden Regelung erklärte.

Anfang 2025 ist die Situation an vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen indes unverändert: Es gibt zunehmend Zeitverträge mit teils sehr kurzen Laufzeiten sowie lange und komplizierte Karrierewege. „Das geht nicht nur auf Kosten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern schadet auch der Kontinuität und damit der Qualität von Lehre und Forschung“, kritisiert Keller. Die frühere Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) legte zwar noch einen Gesetzentwurf für ein neues WissZeitVG vor, im Oktober 2024 starteten die parlamentarischen Beratungen. Nach dem

Bruch der Ampelkoalition am 6. November war jedoch schnell klar, dass mit einer Verabschiedung der Reform vorerst nicht mehr zu rechnen ist. Der Entwurf brachte nach Ansicht der GEW ohnehin nur minimale Verbesserungen, vage Soll-Bestimmungen statt verbindlicher Mindestvertragslaufzeiten.



*Zeitverträge mit teils sehr kurzen Laufzeiten sowie lange und komplizierte Karrierewege gehen nicht nur auf Kosten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern schaden auch der Kontinuität und damit der Qualität von Lehre und Forschung.*



ANDREAS KELLER,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE  
UND FORSCHUNG

Die Gewerkschaft verlangt daher weiterhin, das Sonderbefristungsrecht für die Wissenschaft zu novellieren. Sie will unter anderem durchsetzen, dass Befristungen nur zur eigenen Qualifizierung wie der Promotion möglich sind, und es zudem Mindestlaufzeiten gibt. In der Postdoc-Phase soll eine Befristung nur mit verbindlicher Anschlusszusage zulässig sein. Wer Kinder betreut, muss Anspruch auf eine Vertragsverlängerung haben. Die Tarifsperrung soll fallen, die Arbeitgeber und Gewerkschaften verbietet, vom Gesetz abweichende Regelungen auszuhandeln.

Die Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollte nach Ansicht der GEW zudem mit Auflagen versehen werden – etwa einem verantwortungsbewussten Umgang mit Befristung sowie einer Finanzierung von Dauerstellen auch aus Drittmitteln und Projektgeldern.

Das WissZeitVG trat 2007 in Kraft und wurde bereits 2016 und 2020 novelliert. Die GEW formulierte ihre Forderungen 2022 in einem Acht-Punkte-Programm und einem Gesetzentwurf für ein Wissenschaftsentfristungsgesetz. 2024 veröffentlichte sie eine Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung. ■

Mehr Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

## Für Lehrer\*innen und andere pädagogische Kräfte

Schuljahreskalender

Beobachtungen und Dokumentationen

Elterngespräche · Förderpläne

Motivationsstempel

Lerntagebuch · Betriebspraktika

Organisationsmittel u. v. m.

Unentbehrliche Hilfen zur Eigenorganisation für Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen pädagogische Kräfte,

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

also auch für Erzieherinnen und Erzieher, für die tägliche Arbeit im Unterricht und in der Gruppe.

Gruppentagebuch · Anwesenheitslisten

Erzieher\*innenkalender

Betreuung von Kleinstkindern

Windelheft · Elterngespräche

Kinderbeobachtungen

Aushänge zu Hygiene und Gesundheit

## Für Erzieher\*innen

# KÜRZUNGEN MIT FOLGEN



**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Integrationskurse haben sich als erfolgreiches Instrument sowohl zur gesellschaftlichen als auch zur beruflichen Eingliederung der Menschen mit Migrationshintergrund bewährt. Die GEW warnt, diesen Erfolg durch Mittelkürzungen aufs Spiel zu setzen.*

Das Aus der Ampelregierung gefährdet auch die Integrationskurse, in denen Geflüchtete und Zugewanderte Deutsch lernen und gesellschaftliche Grundkenntnisse erwerben. Im Jahr 2024 meldete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Teilnehmenden-Rekord: Rund 363.000 Menschen, 7 Prozent mehr als 2022, begannen 2023 einen Integrationskurs. Die Träger bauten ihre Kapazitäten aus: Die Zahl der neu zugelassenen Lehrkräfte stieg 2023 auf 5.233 (2022: 3.255). Insgesamt gaben fast 20.000 Lehrkräfte Integrationskurse, deutschlandweit begannen 18.830 Kurse (2022: 17.876). Ohnehin wollte der Bund die Ausgaben für die Kurse 2025 auf rund 500 Millionen Euro kürzen. Durch das Aus der Koalition und die vorläufige Haushaltsführung ist für Kursanbieter derzeit aber noch unklarer, mit wie viel Geld sie künftig rechnen können.

Um Zugewanderte und Geflüchtete sowohl in die Gesellschaft als auch in das Bildungssystem zu inte-

grieren, sei neben der Anerkennung der im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüsse der schnelle Zugang zu Deutschkursen jedoch dringend notwendig, betont die GEW.

„Schon jetzt sind die Mittel für Integrationskurse nicht bedarfsgerecht“, sagt Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Viele Zugewanderte warteten Monate oder gar Jahre auf ihren Kurs. Zudem reichten die Gelder nicht für eine aufgabengerechte Bezahlung der Lehrkräfte. Diese liege meist bei weniger als 2.000 Euro netto im Monat.

Die GEW schlägt vor, die Lehrkräfte in allen BAMF-Kursen fest anzustellen. Integrationskurse seien eine Daueraufgabe, die von der öffentlichen Hand dauerhaft zu finanzieren ist. Die Bezahlung sollte sich mindestens nach Entgeltgruppe (E) 11 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) richten. Solange Festanstellungen nicht erreicht werden, müssten Honorarkräfte und tariflich bezahlte, festangestellte Lehrkräfte gleichwertig entlohnt werden. Gemeinsam mit Trägerorganisationen und Verbänden macht sich die GEW in einem Positionspapier dafür stark, die Mittel für Integrationskurse im Haushalt 2025 auf mindestens 1,1 Milliarden Euro zu erhöhen. 500 Millionen Euro reichten nicht einmal für 147.000 Teilnehmende, erwartet würden aber rund 326.000. Ein Sparkurs hätte immense Wartezeiten zur Folge – auch für Betriebe, die Deutsch sprechende Mitarbeitende suchen. Die Gewerkschaft warnt vor den Folgen eines „Herunterfahrens“ des Systems: Einmal abgebaute Strukturen ließen sich auch durch eine Mittelaufstockung im Laufe des Haushaltsjahres nicht einfach wieder einrichten. ■

Mehr Infos: [gew.de/ew-2-25](https://www.gew.de/ew-2-25)



# QUERSCHNITTSAUFGABE



**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Demokratiebildung ist ein zentraler Teil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Der Politikunterricht kommt dennoch oft zu kurz, vor allem an Berufsschulen.*

**D**ie Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) empfahl im Juli 2024, die Unterrichtsfächer Politik und Geschichte zu stärken. Der demokratische Rechtsstaat gerate von verschiedenen Seiten unter Druck, begründete die SWK ihren Vorschlag. An Schulen würden demokratiefeindliche, rechtsextremistische, antisemitische, antimuslimische oder andere menschenfeindliche Aussagen offen geäußert. Zugleich fehle Schülerinnen und Schülern oft politisches Wissen, um sich rational mit Entscheidungen und Lösungen auseinanderzusetzen. Künftige Lehrpläne müssten zudem eine politische Medienbildung einschließen, erklärte das Gremium weiter: Soziale Medien seien für viele Jugendliche die wichtigste Informationsquelle, verbreiteten aber oft Falschinformationen oder gar extremistische Inhalte.

Die GEW kritisiert, dass an Schulen ein durchgängiges Politikangebot fehle. Bei der Einführung neuer Fächer und Inhalte sei der Politikunterricht immer wieder gekürzt worden. Politische Bildung müsse jedoch in

allen Jahrgangsstufen sowie Berufsschulen fortlaufend unterrichtet werden.

Den mangelnden Stellenwert politischer Bildung belegt regelmäßig ein Ranking der Universität Bielefeld. Die gymnasiale Oberstufe schnitt dabei im Jahr 2022 schlechter ab als die Berufsschulen. Ein Jahr zuvor zeigte die Analyse jedoch: In elf Bundesländern verringerte sich der Anteil politischer Bildung an berufsbildenden Schulen im Vergleich zur Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen im schlechtesten Fall um mehr als die Hälfte. In ihren Forderungen zur Bundestagswahl 2025 verlangt die GEW eine Förderung politischer Bildung explizit auch an Berufsschulen. Bereits 2020 veröffentlichte sie die „Schweriner Erklärung: Demokratie stärken – mehr politische Bildung in Berufsbildung und Weiterbildung!“. „Werte wie Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Teilhabe, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Diversität werden zunehmend infrage gestellt, sie müssen aber mithilfe politischer Bildung mehr denn je vermittelt werden“, heißt es in dem Papier.

Politische Bildung sollte nicht nur als Fach mehr Wertschätzung erfahren, sondern Querschnittsaufgabe aller Fächer sein. Dazu gehöre, Unterrichtsinhalte mit schulischen Projekten zu verbinden, in denen Schülerinnen und Schüler die Wirksamkeit politischen Handelns erfahren können. Die Gewerkschaft plädiert unter anderem dafür, politische Bildung systematisch und gleichwertig per Stundendeputat curricular zu verankern, die universitäre Lehrkräftebildung für politische Bildung an berufsbildenden Schulen auszubauen, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Pädagoginnen und Pädagogen zu reduzieren, sowie verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte auszuweiten. ■



Grafik: zplusz

## EIN TEUFELSKREIS

**SVEN HEITKAMP**  
freier Journalist

*Der DGB-Index „Gute Arbeit“ 2024 zeigt erneut alarmierende Zustände an Deutschlands Schulen. Durch den wachsenden Mangel an Kolleginnen und*

*Kollegen sehen sich Lehrkräfte massiv belastet – und treten ebenfalls kürzer. Ein Teufelskreis, der mit attraktiveren Arbeitsbedingungen durchbrochen werden kann.*

**E**s sind nüchterne Zahlen, die eine klare Sprache sprechen: Die Personallücken bei Lehrkräften in der deutschen Schullandschaft nehmen immer größere Ausmaße an. Laut dem aktuellen Gute-Arbeit-Index des DGB berichten mittlerweile drei Viertel der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen von einem starken, lang anhaltenden Personalmangel – mit häufig sehr negativen Konsequenzen für die Beschäftigten: Drei Viertel der Betroffenen müssen noch mehr zusätzliche Aufgaben übernehmen, 60 Prozent unter erhöhtem Zeitdruck arbeiten. Generell sind laut Gewerkschaftsbund die Arbeitszeiten und die Qualität der Leistungen quer durch viele Berufsbranchen beeinträchtigt.

Die Folge: Die zu hohe Arbeitsbelastung treibt immer mehr Beschäftigte in Teilzeit – auch und nicht zuletzt an Schulen (s. Seite 12 ff.). Von den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften berichteten 80 Prozent, dass die hohe Arbeitsbelastung der Grund für ihre verkürzten Arbeitszeiten sei. Zudem geht nur noch jede und jeder dritte Befragte davon aus, bis zur Rente durchhalten zu können. Der Großteil plant hingegen, eher aufzuhören und frühzeitig in den Ruhestand zu gehen, wenn sich die Bedingungen nicht deutlich verbessern. Es ist ein Teufelskreis: Der Personalmangel verstärkt den Trend zu Teilzeit und früherem Eintritt in Rente oder Pension noch weiter.

### Das Lehramt gehört seit Jahren zu den Engpass-Berufen.

Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, ist von den Ergebnissen wenig überrascht. Seit Jahren gehöre eben auch das Lehramt zu den Engpass-Berufen – dies habe der DGB-Index bestätigt. „Wenn der Personalmangel erst mal beginnt und eine Schmerzgrenze überschritten ist, trifft die Misere die anderen Beschäftigten immer härter“, sagt sie. Dies hätten auch weitere Befragungen gezeigt. Inzwischen würden immer mehr Lehrkräfte freiwillig auf Gehalt verzichten und nur noch Teilzeit arbeiten, um ihren Job möglichst gut zu machen und genug Zeit für die Unterrichtsvorbereitung zu haben. „Sie arbeiten lieber sinnerfüllend, auch wenn sie damit weniger verdienen“, betont Bensinger-Stolze. Allerdings würden auch immer mehr Kolleginnen und Kollegen den Dienst quittieren und sich einen anderen erfüllenden Job suchen. Für viele sei die Situation so belastend, dass sie krankheitsbedingt frühzeitig aus

dem Dienst ausscheiden und Abschlüsse bei Pension oder Rente in Kauf nehmen müssen. „Ich erlebe häufig Lehrkräfte, die sagen: Ich kann nicht mehr“, erzählt Bensinger-Stolze. Daran müsse sich dringend etwas ändern.

Das 15-Punkte-Programm der GEW gegen den Lehrkräftemangel habe leider bis heute nichts von seiner Gültigkeit verloren, so die GEW-Expertin weiter. Zu dessen Forderungen zählen unter anderem das Heben von Arbeitszeit- und Personalreserven, das Bilden multiprofessioneller Teams sowie mehr Unterstützung durch IT, Verwaltung und Mentoren. Entscheidend, so Bensinger-Stolze, sei vor allem eine Unterrichtsversorgung von mehr als 100 Prozent, um Ausfälle im Kollegium etwa durch Krankheit, Elternzeit oder familiäre Belastungen abzufedern.

### Viele Lehrkräfte werden wegen des Personalmangels nicht mehr für Fortbildungen freigestellt.

„Solange wir das System Schule auf Kante fahren, kommen wir aus dem Teufelskreis des Fachkräftemangels nicht heraus“, warnt die GEW-Schulexpertin. „Die rechnerische Abdeckung muss bei 110 Prozent liegen.“ Doch stattdessen werde etwa in Schleswig-Holstein schon wieder über Personalkürzungen gesprochen, kaum dass an allgemeinbildenden Schulen eine rechnerische Versorgung von 101 Prozent erreicht wurde, weil die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler zurückgegangen sei. Im DGB-Report werden neben der Aufstockung von Teilzeit und einer altersgerechten Gestaltung der Arbeit auch Fortbildungen als Wege aus der Krise genannt – ein wichtiger und zugleich schwieriger Aspekt. „Viele Lehrkräfte würden angesichts ihrer vielen neuen Aufgaben gern Fortbildungen besuchen, aber sie werden gar nicht erst freigestellt, da ihre Abwesenheit neue Lücken reißen würde“, berichtet Bensinger-Stolze. „Das sorgt für zusätzlichen Frust. Dabei könnten gerade Fortbildungen sehr motivierend sein.“

Der aktuelle DGB-Index basiert auf einer bundesweiten Zufallsbefragung von knapp 7.000 abhängig Beschäftigten in Deutschland. Befragt wurden zwischen Januar und April 2024 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens zehn Stunden. ■

GEW-Programm „15 Punkte gegen den Lehrkräftemangel“ sowie DGB-Index „Gute Arbeit“: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

# LERNEN INS ZENTRUM DER SCHULE STELLEN



Foto: Maria Panzer

BOB BLUME,  
LEHRER, BLOGGER UND SACHBUCHAUTOR, GRÜNDETE 2023  
ZUSAMMEN MIT MITSTREITERINNEN UND MITSTREITERN DEN  
„BILDUNGSRAT VON UNTEN“.

## INTERVIEW: NADINE EMMERICH

freie Journalistin

*Der Lehrer und Blogger Bob Blume plädiert für einen Umbau des Bildungssystems. E&W sprach mit dem Bildungsinfluencer, der an einem Gymnasium bei Baden-Baden unterrichtet und jüngst sein zweites Buch veröffentlichte.*

**E&W:** Nach „10 Dinge, die ich an der Schule hasse“ nun „Warum noch lernen?“. Was wollten Sie der Kritik aus Ihrem ersten Werk hinzufügen?

**Bob Blume:** Als ich „10 Dinge, die ich an der Schule hasse“ (s. E&W 10/2022) geschrieben habe, kam diese Liste aus dem Bauch heraus. Das war ein wütendes Buch, eine von den Erfahrungen aus der Zeit der Corona-Pandemie geprägte Abrechnung, die nicht aus einem organischen Gedanken entstanden ist. Ein paar Monate

danach habe ich einen TED-Talk (ein TED-Talk ist ein kurzer Videovortrag, der online verbreitet wird, Anm. d. Red.) mit dem Titel „Warum lernen!?“ gehalten. Ein Argument war: Das Warum muss ins Zentrum des Lernens. Aus dieser Aussage, die empirisch belegt ist, wollte ich auch ein Buch machen. Während der Arbeit daran bin ich zu der Auffassung gelangt, nicht nur das Warum muss ins Zentrum des Lernens, sondern das Lernen muss ins Zentrum der Schule gestellt werden.

**E&W:** In beiden Büchern fordern Sie ein anderes Bildungssystem. Welcher Punkt ist Ihnen dabei am wichtigsten?

**Blume:** Hauptsächlich verfolgt meine Argumentationslinie das Ziel, zu sagen, Lehrkräfte werden in der Form, wie sie aktuell ausgebildet werden, eigentlich nicht mehr gebraucht. Natürlich brauchen wir Lehrkräfte. Und natürlich benötigen wir viel mehr, als wir haben. Aber die bis zu 1,4 Milliarden Euro, die Eltern jedes Jahr für Nachhilfe ausgeben, sind der Beweis dafür, dass es Schule anscheinend nicht schafft, die vorgegebenen Inhalte an die Kinder zu bringen. Wenn man als Lehrkraft arbeitet, muss man sich für die Kinder und Jugendlichen und ihren Lernfortschritt interessieren. Wissensträgerin oder Wissensträger zu sein, ist in einer Informationsgesellschaft weniger relevant. Man muss Lernexpertin oder -experte sein und Schülerinnen und Schülern ermöglichen, mit Wissen umzugehen.



*Lehrkräfte werden in der Form,  
wie sie aktuell ausgebildet werden,  
eigentlich nicht mehr gebraucht.*



**E&W:** Wie beantworten Sie selbst Ihren Buchtitel „Warum noch lernen?“

**Blume:** Diese Frage haben alle Eltern schon mal gehört, die mit ihren Kindern Hausaufgaben machen: Warum tue ich das? Die Antwort scheint erstmal trivial: Damit du die Prüfungen schaffst, damit du einen Abschluss hast, damit dir die Türen offenstehen. Wichtiger ist aber, dass man im Lernen den Kern davon findet, ein glückliches oder bedeutsames Leben zu führen, das es ermöglicht, sich weiterzuentwickeln. Für sehr viele >>>

# JOURIST Reader 3.0

Der Offline-Vorlesestift, der Schülerinnen und Schülern mit **Legasthenie oder Leseschwäche** mehr Teilhabe ermöglicht

- Zum Lernen und für Prüfungen
- Keine Internetverbindung erforderlich
- Natürliche Sprachausgabe in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch über Lautsprecher und mitgelieferte Kopfhörer
- Scannen von Papier, PC-Bildschirm, Smartphone oder Tablet.
- Touchscreen und Bedienknöpfe
- inkl. Leselineal



Preis inkl. MwSt. EUR 320,-  
Mengenrabatt für Schulen  
Klassensets verfügbar

Beratung, Testgeräte für Schulen,  
Lieferung und Support - Jourist Verlags GmbH  
Tel.: 040-21098290, E-Mail: scanner@jourist.de  
[www.jouristreader.de](http://www.jouristreader.de)



>>> Kinder ergibt sich diese Antwort nicht. Und das ist ein Problem in einer Gesellschaft, die kompliziert und komplex ist. Es gibt derzeit mehr als 20.000 Studiengänge. Wenn Lernen keine sinnstiftende Tätigkeit für mich ist, dann resigniere ich oder sage: Dann halt Betriebswirtschaftslehre (BWL). Nichts gegen BWL. Aber wer wird erfolgreich darin sein: Derjenige, der sagt, irgendwas mit Geld wird schon passen – oder derjenige, der sagt, ich brenne dafür?

**E&W:** Was sollte eine Lehrkraft aus der Lektüre Ihres Buches vor allem mitnehmen?

**Blume:** Ich wünsche mir einen Nudge, einen kleinen Schubser, hin zu dem Gedanken: Ich kann individuell schon Dinge anders machen, wenn ich meine Prioritäten so setze, dass die Kinder und ihr Lernen in den Mittelpunkt rücken. Dazu braucht man allerdings den Mut, zu sagen: Liebe Eltern, wir sind ein Kapitel weniger weit gekommen. Die Kinder wissen nicht, was ein Präpositionalobjekt ist. Aber sie haben Bock zu schreiben. Und wer Lust dazu hat, wird nach der Schule weiterschreiben und innerhalb einer Viertelstunde lernen, was Prädikat und Objekt sind. Wir brauchen eine aktive und konzepti-

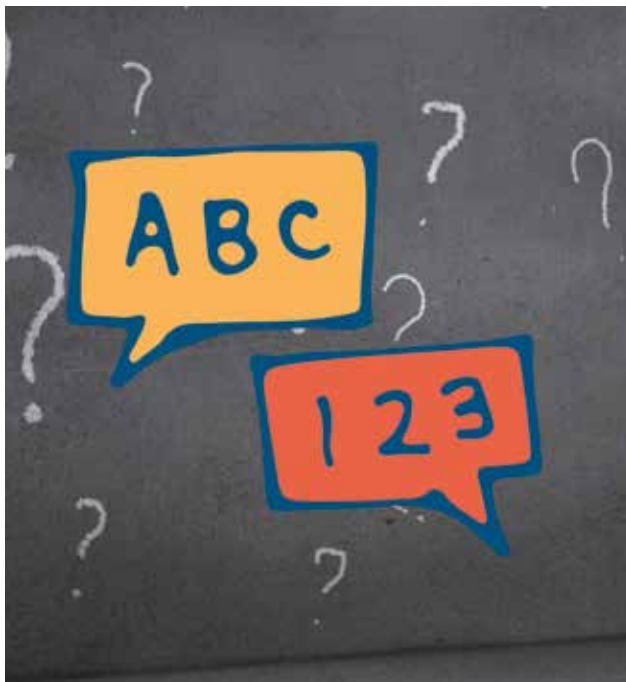


Foto: IMAGO/VectorFusionArt

DIE ROLLE VON LEHRKRÄFTEN HAT SICH VERÄNDERT. DIE VERMITTLUNG VON WISSEN IST IN DER DIGITALEN WELT WENIGER RELEVANT. DIE SCHULE MÜSSE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN VIELMEHR ERMÖGLICHEN, MIT WISSEN UMZUGEHEN, SAGT DER LEHRER UND BUCHAUTOR BOB BLUME.



*Die Kinder wissen nicht, was ein Präpositionalobjekt ist. Aber sie haben Bock zu schreiben.*



onelle Auseinandersetzung mit der Frage: Wie gehen wir mit redundanten Vorgaben und Inhalten um, was kann weg? Die Inhalte, die bei der Beantwortung der zentralen Frage „Warum lernen“ keine Rolle spielen, sollten radikal infrage gestellt werden.

**E&W:** Zu den aktuell großen Fragen zählt auch der Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) in Schulen ...

**Blume:** Die große Problematik ist für mich auch eine Ressourcenfrage. Man kann zwar in eine Verwaltungsvorschrift schreiben, die Schüler dürften KI benutzen – aber dafür müssten sie diese Technologie auch zur Verfügung haben. Es gibt zwar bereits Angebote, zum Beispiel das KI-Feedbacktool Fiete.ai an vielen Schulen in Sachsen, aber es wird wegen des Bildungsföderalismus' nicht flächendeckend eingesetzt. Ebenfalls noch nicht beantwortet ist die Frage, wie Lehrkräfte für den Einsatz von KI qualifiziert werden sollen. Und inwiefern wird diese Qualifizierung vergleichbar sein, wenn in einem Bundesland dies und in einem anderen das passiert?

**E&W:** Sie formulieren in Ihrem Buch zehn Utopien. Schwingt in dem Begriff mit, dass es kaum möglich sei, etwas zu ändern?

**Blume:** Nein. Utopien sind für mich eine abstrakte Form von Zielsetzung, eine Leitlinie auf dem Weg, etwas zu erreichen. Nehmen wir zum Beispiel die Notengebung. Es ist utopisch, zu sagen, ab jetzt geben wir keine Noten mehr. Aber es ist nicht utopisch, zu sagen: Wir wissen, dass das eigentlich sinnvoll wäre, also machen wir uns Gedanken darüber, wie Gelingensnachweise konstruktiv rückgemeldet werden können. Eine Utopie ist dieser Silberstreif am Horizont, zu dem man möglicherweise nicht gelangt, der aber wichtig ist, um die Orientierung zu behalten. ■

Weitere Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

# SCHON GEWUSST?

## LEHRKRÄFTE MÜSSEN NICHT NEUTRAL SEIN!



Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Die Landesschulgesetze beschreiben die Ziele. Lehrkräfte sollen demokratische Werte wie Würde und Gleichheit aller Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln.

Oft fällt das Stichwort „Beutelsbacher Konsens“. Er darf nicht mit dem parteipolitischen Neutralitätsgebot des Staates verwechselt werden. Der Konsens formuliert drei zentrale didaktische Prinzipien politischer Bildung: das Überwältigungsverbot (Verbot der Indoktrination), das Kontroversitätsgebot sowie das Ziel, dass Schüler\*innen zur politischen Teilhabe befähigt werden sollen. Lehrkräfte dürfen ihre eigene politische Meinung ausdrücken, diese aber nicht als allgemeingültig darstellen. Kontroverse Themen müssen multiperspektivisch behandelt werden.



Wenn es in der Schule um politische Bildung geht, müssen sich Lehrkräfte nicht neutral verhalten. Es ist wichtig, verschiedene Blickwinkel zu beleuchten. Lehrkräfte müssen auf Basis des Grundgesetzes eine klare Haltung gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtende Aussagen zeigen.





GUT 40 PROZENT DER ACHTKLÄSSLERINNEN UND ACHTKLÄSSLER IN DEUTSCHLAND FÄLLT ES SCHWER, DIE GLAUBWÜRDIGKEIT VON INTERNETSEITEN EINZUSCHÄTZEN UND DIE KOMMUNIKATIONSZIELE DES ABSENDERS ZU VERSTEHEN. ANGESICHTS WACHSENDE FALSCHINFORMATIONEN IM INTERNET UND DES POLITISCHEN RECHTSRUCKS IST DIES EIN BEDENKLICHER BEFUND.

Foto: mauritius images/REPORT

## KAUM GEWAPPNET GEGEN FAKE NEWS

### **BIRGITA DUSSE**

Referentin Schule und Digitalisierung beim  
GEW-Hauptvorstand

*Um die Digital- und Medienkompetenz der Achtklässlerinnen und Achtklässler ist es in Deutschland nicht gut bestellt. Das geht aus der aktuellen Auflage der internationalen Vergleichsuntersuchung ICILS*

*(International Computer and Information Literacy Study) hervor. Auch im Nachbarland Dänemark, das als Vorreiter bei der Digitalisierung der Schulen gilt, haben sich die Ergebnisse deutlich verschlechtert.*



**S**eine Keynote zur Digitalpakt-Statuskonferenz im November 2024 musste Jakob Chammon, ehemals Schulleiter in Dänemark und heute Geschäftsführer der Deutschen Telekom-Stiftung, kurzfristig ändern. Der Grund: Gerade war die ICIL-Studie 2023 erschienen. Die Vergleichsuntersuchung erfragt die computer- und informationsbezogenen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse. Die Ergebnisse für Deutschland zeigen eine deutliche Verschlechterung der Medienkompetenz der Jugendlichen – noch mehr verschlechtert haben sich die Kompetenzen nur in den USA und in Dänemark. Der Hinweis auf das Modellland Dänemark erforderte deshalb einige neue Fußnoten.

### Dänemark: Nur 1 Prozent der Jugendlichen kann relevante Informationen auswählen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in dem skandinavischen Land, die nur über basale und rudimentäre Kompetenzen verfügen (Kompetenzbereich 1), ist seit 2018 um 10 Prozentpunkte auf fast 25 Prozent gestiegen. 45 Prozent der Jugendlichen sind auf dem Kompetenzniveau 2, können also Computer benutzen und Informationen beschaffen. Allerdings können sie sich auf den Kompetenzstufen 2, 1 oder darunter noch nicht kritisch-reflexiv mit digitalen Medien und dem Internet auseinandersetzen. Die Schülerinnen und Schüler haben Schwierigkeiten, die Glaubwürdigkeit von Internetseiten einzuschätzen und die Kommunikationsziele des Absenders zu verstehen. Dies betrifft laut ICILS 2023 mehr als drei Viertel der Achtklässlerinnen und Achtklässler in Dänemark. Nur 1 Prozent verfügt über das höchste Kompetenzniveau 4 und kann demzufolge relevante Informationen auswählen und diese auf ihre Glaubwürdigkeit hin einschätzen.

### Deutschland: Kompetenzen schlechter trotz besserer Ausstattung

Obwohl sich die Ergebnisse in Deutschland auf dem unteren mittleren Kompetenzniveau bewegen, liegen sie über dem internationalen Mittelwert. Sie haben sich jedoch seit der ICIL-Studie 2018 verschlechtert. Gut 40 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler erreichen lediglich rudimentäre und basale Kompetenzen (2018: 33 Prozent); international sind es 50 Prozent, in der Europäischen Union (EU) liegt der Wert bei 44 Prozent. Und das, obwohl Lehrkräfte hierzulande seit der Vorgän-

ger-Studie deutlich häufiger täglich digitale Medien im Unterricht nutzen (69,9 Prozent) und damit signifikant mehr als im internationalen Durchschnitt (61,2 Prozent). Gerade angesichts wachsender Falschinformationen im Internet und mit Blick auf kommende Wahlen ist dies bedenklich. „ICILS 2023 belegt, dass eine gute Ausstattung und ein bloßes Mehr an Digitalisierung nicht ausreichen. Um pädagogische Nachhaltigkeit zu erreichen, brauchen wir mehr Medienkompetenz für einen kritisch-reflektierten Umgang – und zwar für Lehrende und Lernende“, stellte Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung, fest.

### Soziale Ungleichheit im deutschen Bildungssystem

ICILS 2023 spiegelt die soziale Ungleichheit im deutschen Bildungssystem wider. Nur 1,1 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler erreichen die höchste Kompetenzstufe 4. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien kommen auf ein signifikant höheres Kompetenzniveau als Gleichaltrige an anderen Schulformen. Die Autorinnen und Autoren der Studie schlussfolgern, dass das Kompetenzniveau eng an soziale und herkunftsspezifische Faktoren geknüpft ist. „Medienkompetenz darf nicht an die soziale Lage gebunden sein. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, Medienkompetenz zu erlernen, um auf Augenhöhe an der digitalen Welt teilnehmen zu können. Dies ist auch eine Frage demokratischer Partizipation. Hier brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung für mehr Medienkompetenz“, kommentierte Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, diesen Befund. Auch die Teilnehmenden der Digitalpakt-Statuskonferenz – unter ihnen der amtierende Bundesbildungsminister Cem Özdemir (Grüne) und die saarländische Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD), bis Ende 2024 Präsidentin der Kultusministerkonferenz – wurden nicht müde zu betonen, dass es neben der wichtigen Ausstattungsfrage nun auch darum gehen müsse, mehr Medienkompetenz zu vermitteln. Diese Forderung erhebt die GEW schon seit über 20 Jahren. „Wir freuen uns, dass sich der Diskurs zugunsten unserer Forderungen verschiebt. Manchmal braucht es eben einen Impuls aus der Wissenschaft – in diesem Fall einen ‚ICILS-Schock‘“, so Bensinger-Stolze, „nach dem Aufschrei Ende 2024 müssen 2025 Taten folgen.“ ■

Weitere Infos unter [gew.de/ew-2-25](https://www.gew.de/ew-2-25)

# PERSONAL, VERZWEIFELT GESUCHT

GANZTAG

## JÜRGEN AMENDT

Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

## STEPHAN LÜKE

freier Journalist

*Die Zeit drängt. In knapp anderthalb Jahren tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung an Grundschulen in Kraft. Doch es mangelt nach wie vor an qualifiziertem Personal und der notwendigen baulichen Infrastruktur. Dies geht aus dem aktuellen Bericht zum Ganztagsförderungsgesetz (GAföG) der Bundesregierung hervor.*

Das Papier mit dem nüchternen Titel „2. Bericht über den Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder“ enthält wichtige, teils kontrovers diskutierte Inhalte. Der von der Prognos AG und dem Institut für Theorie und Empirie des Sozialen (ITES) verfasste und im Dezember 2024 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Bericht zum

Ganztagsförderungsgesetz legt den Finger allerdings nur sanft in manche Wunde.

Knapp 1,8 Millionen Kinder besuchten im vergangenen Schuljahr eine Ganztagsgrundschule oder eine Tageseinrichtung. Das sind rund 130.000 mehr als im Jahr davor. Mittlerweile sind 73 Prozent der Grundschulen als Ganztagsschulen organisiert. Bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs im August 2026 werden laut Bericht weitere rund 342.000 Plätze benötigt, um den Bedarf zu decken.

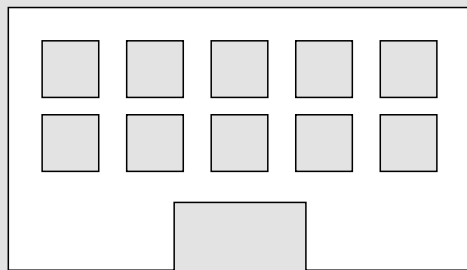
**Fachkräfteproblem nach wie vor nicht gelöst.**

Der Bund unterstützt den erforderlichen Ganztagsausbau mit Investitionen in Ausstattung und Infrastruktur in Höhe von 3,5 Milliarden Euro, die Länder übernehmen 30 Prozent der Kosten. Mit dem Geld soll vor allem das Raumproblem gelöst werden. Die Kommunen sind dafür verantwortlich, die bauliche Infrastruktur bereitzustellen. Angesichts begrenzter räumlicher Kapazitäten greifen einige Schulen daher auf pragmatische Lösungen zurück, beispielsweise die Doppelnutzung von Räumen. Der Bericht bietet wenig Anlass für die Erwartung, dass sich die Situation schnell verbessern wird: „Mit Blick auf die Raumsituation sind schnelle und gleichzeitig langfristige Lösungen eher nicht in Sicht.“ Für die Betriebs-

# Ganztagsförderung Grundschule

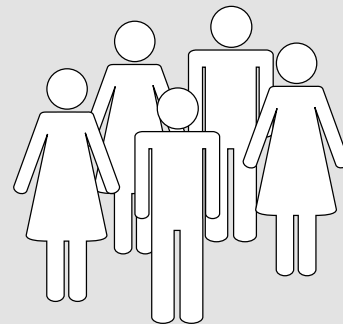
Beteiligung Bund

**3,5** Mrd. Euro



**Baumaßnahmen**

**1,3** Mrd. Euro pro Jahr



**Betriebskosten**

Grafik: zplusz

kosten, zu denen auch die laufenden Ausgaben für das Personal zählen, zahlt der Bund künftig 1,3 Milliarden Euro jährlich.

Eine Herausforderung bleibt auch der Fachkräftebedarf. Während im Osten rechnerisch genügend Personal zur Verfügung steht, damit jedem Kind ein Platz garantiert werden kann, müssen die westdeutschen Bundesländer kräftig investieren. Die Bertelsmann Stiftung rechnet in ihrem „Fachkräftenadar“ damit, dass für einen flächendeckenden und personell gut ausgestatteten Ganztags bis 2030 insgesamt mehr als 100.000 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich benötigt werden. Im Bericht der Bundesregierung geben denn auch 56 Prozent der Ganztagsleitungen und 90 Prozent der Schulleitungen an, einen hohen zusätzlichen Personalbedarf zu haben. Gleichzeitig sind die Kolleginnen und Kollegen, die im Augenblick im Ganztags arbeiten, an ihren Belastungsgrenzen.

**Pädagogische Qualität droht auf der Strecke zu bleiben**

Ein Problem ist die Sicherung der pädagogischen Qualität der Angebote im Ganztags. Der amtierende Bundesbildungsminister Cem Özdemir (Grüne) betonte

bei der Vorstellung des Berichts zwar, dass die Qualität der Ganztagsangebote „entscheidend“ sei und man „verstärkt Fachkräfte ausbilden“ wolle. Doch die Bundesregierung muss mit Blick auf die Zahlen auch auf Quereinsteigende setzen und nicht-pädagogische Fachkräfte einstellen, um die Personallücke zu schließen.

Die GEW kritisiert das und fordert fachlich fundierte Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten. „Die Qualität der Ganztagsangebote muss genauso im Mittelpunkt stehen wie die Zahl der Plätze“, sagt Anja Bensinger-Stolze, Vorstandsmitglied Schule. Und Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, ergänzt: „Der Ausbau der Ganztagsförderung darf nicht an finanziellen oder strukturellen Hürden scheitern. Es ist höchste Zeit, dass wir die Forderungen nach einem qualitativ guten Ganztags ernst nehmen und den politischen Willen zeigen, diese umzusetzen.“ Es sei ein systemisches Problem, wenn zwar der Rechtsanspruch auf Ganztags garantiert werden solle, aber nicht einmal bekannt sei, wer vor Ort eine qualitative Umsetzung möglich machen soll. Die zukünftige Bundesregierung müsse zügig eine solide Datengrundlage schaffen, um die unterschiedlichen Bedarfe auch unterschiedlich adressieren zu können. ■

# WENN MILCH, EIER, SOJA ODER NÜSSE

## ZUM PROBLEM WERDEN

# GANZTAG

**KATJA HANKE**  
freie Journalistin

*Ab August 2026 bekommen Grundschul Kinder schrittweise einen Anspruch auf Ganztagsförderung. Dann wird das gemeinsame Essen in der Schule noch wichtiger. Derzeit fehlen aber einheitliche Regelungen für die Mittagsverpflegung der Kinder mit Lebensmittelunverträglichkeiten. Oft müssen Eltern sich kümmern, da es keine gesetzlichen Vorgaben gibt. Eine Ausnahme ist das Land Berlin.*

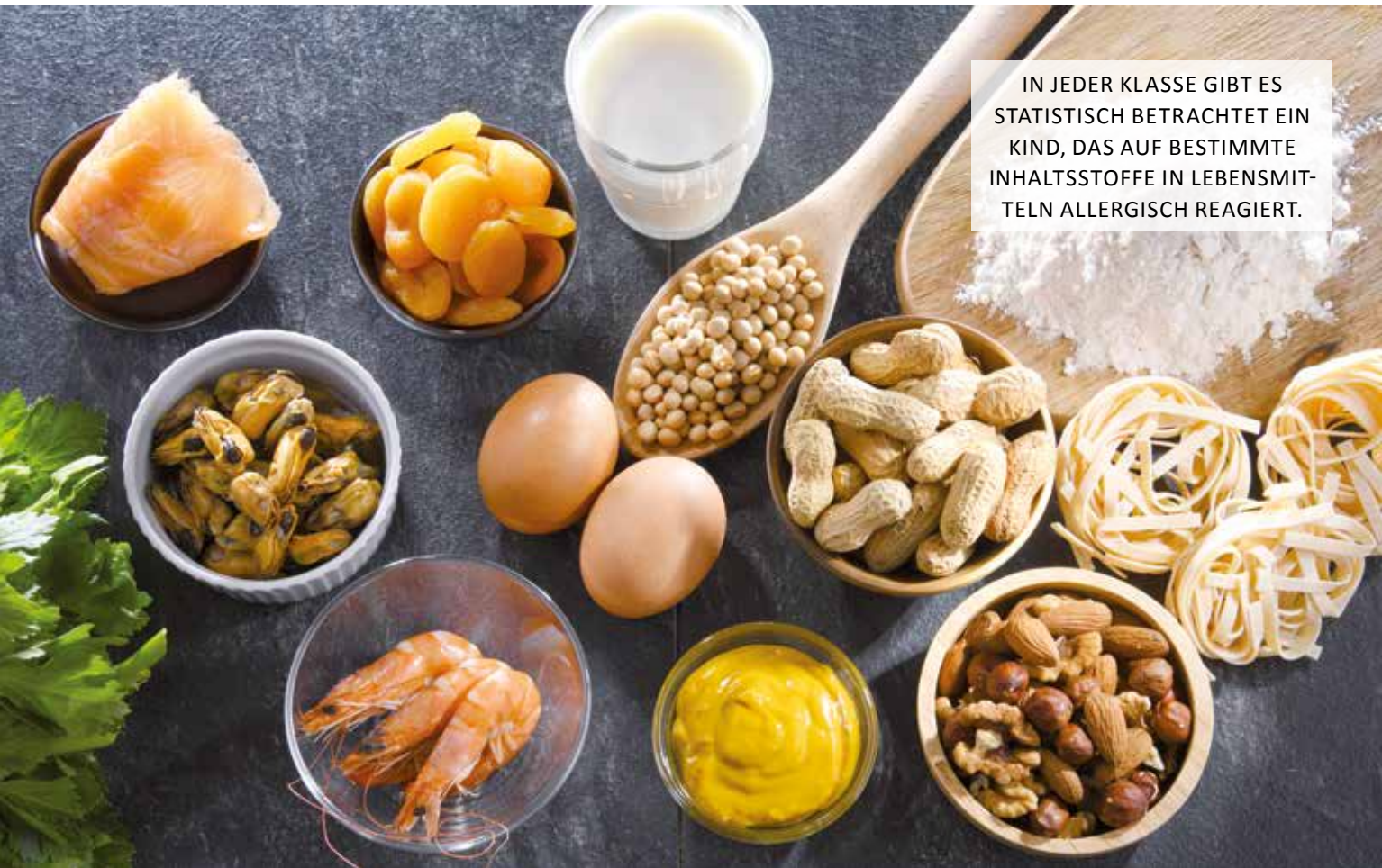
**K**inder, die ab dem Schuljahr 2026/27 eingeschult werden, haben in der Grundschule einen Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung. Einige Grundschulen werden dann erstmals für die passende Verpflegung sorgen müssen. Im Idealfall bedeutet das, auch die Bedürfnisse der Kinder zu berücksichtigen, die aus medizinischen Gründen nicht jedes Gericht essen können. Je nach Schätzungen haben 4 bis 6 Prozent der Kinder eine Lebensmittelunverträglichkeit, darunter Allergien gegen Milch, Eier, Soja oder Nüsse sowie Intoleranz gegenüber Laktose oder Fruktose. Besonders herausfordernd ist

Zöliakie, eine Autoimmunerkrankung, bei der schon kleinste Mengen Gluten Entzündungen auslösen können.

Nur wenige Schulen bereiten die Mahlzeiten vor Ort frisch zu. Die meisten beziehen ihr Essen von Caterern – beauftragt von den Schulträgern, also in der Regel von Kommune, Stadt oder Landkreis. Bundesinitiativen für eine bessere Schulverpflegung wie „Schule+Essen = Note 1“ der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) legen zwar den Fokus auf gesundes und nachhaltiges Essen, berücksichtigen aber kaum Lebensmittelallergien. Der „DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen“ erwähnt diese nur kurz und empfiehlt eine möglichst uneingeschränkte Teilnahme betroffener Kinder, macht aber keine bindenden Vorgaben.

**Ob Kinder mit Lebensmittelunverträglichkeiten ein passendes Essen erhalten, hängt vom Caterer ab.**

Lediglich die Kennzeichnung von 14 Hauptallergenen ist bundesweit vorgeschrieben – für viele Kinder ist das nicht ausreichend. „Denn Spuren von Allergenen in den Gerichten fallen nicht darunter“, sagt Stefanie Reicherter von der Deutschen Zöliakie-Gesellschaft. „Dabei sind sie bei Zöliakie entscheidend.“ Ein Beispiel: So sind Pommes Frites zwar glutenfrei, wenn sie aber in der gleichen Fritteuse wie glutenhaltige Lebensmittel zubereitet werden, sind sie für Kinder mit Zöliakie kontaminiert – und damit nicht essbar. „Die meisten Eltern geben ihren Kindern daher eigenes Essen mit“, so Reicherter.



IN JEDER KLASSE GIBT ES STATISTISCH BETRACHTET EIN KIND, DAS AUF BESTIMMTE INHALTSSTOFFE IN LEBENSMITTELN ALLERGISCH REAGIERT.

Foto: IMAGO/imagebroker

Dabei sei das gemeinsame Mittagessen ein bedeutender Teil des Schulalltags, so die Auffassung der GEW. „Gerade für Kinder mit Zöliakie oder anderen Unverträglichkeiten spielt das Mittagessen in der Schule eine entscheidende Rolle“, sagt Anja Bensinger-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule. „Dadurch wird ihnen die soziale Teilhabe am Leben in der Schule möglich, gleichzeitig werden so ihre gesundheitlichen Bedürfnisse erfüllt.“ Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, sagt: „Pädagoginnen und Pädagogen müssen über Zöliakie und die besonderen Ernährungsbedürfnisse der Kinder informiert sein. Kinder mit Zöliakie dürfen beim Mittagessen nicht ausgegrenzt werden. Es sollte der Ort sein, an dem alle Kinder gemeinsam essen.“

Auf die Frage, ob sich die DGE mit Blick auf den Ganztagsanspruch stärker mit Kindern mit Lebensmittelunverträglichkeiten befassen wolle, verweist die Pressestelle auf die Unterstützung der Vernetzungsstellen für Kita- und Schulverpflegung. Diese fungieren in jedem Bundesland als Schnittstelle zwischen Caterer, Eltern, Schulen und Schulträgern. Sie beraten, vermitteln und geben Workshops in Kitas und Schulen. Nachfragen in vier Bundesländern zeigen: Ob Kinder mit Lebensmittelunverträglichkeiten ein passendes Essen erhalten, hängt vom Caterer ab. Einige große Anbieter haben spezielle

Allergieküchen eingerichtet, kleinere eher nicht. Die meisten haben weder Platz und Personal noch Expertise, um sogenannte Sonderkost-Mahlzeiten anzubieten. Manche haben Angst vor Haftungsfragen und lehnen es ab, Kinder mit Lebensmittelunverträglichkeiten zu verpflegen.

### Ärztliche Diagnose und Attest sind erforderlich.

Um die Situation für diese Kinder zu verbessern, sei umfassende Aufklärung nötig, meint Kerstin Awan, Ernährungsfachkraft Allergologie am Fachzentrum Ernährung in Rheinland-Pfalz, an dem die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung angesiedelt ist. Sie arbeitet eng mit allen Beteiligten zusammen, um Lösungen zu finden. „Es gibt große Bemühungen“, sagt sie. „Ich habe den Eindruck, dass inzwischen mehr betroffene Kinder mitessen können.“

Zuerst sei eine ärztliche Diagnose unerlässlich, mit Allergie- und Provokationstest. Letzterer stellt fest, wie stark ein Kind auf Spuren des Allergens reagiert, im schlimmsten Fall mit einer Anaphylaxie, also einer starken allergischen Reaktion. Zu wissen, wo die Toleranzgrenze liegt, kann entscheidend sein. „Toleriert der

>>>

VIELE SCHULKANTINEN UND CATERER SIND AUF DIE ESSENSVERSORGUNG VON KINDERN MIT LEBENSMITTELUNVERTRÄGLICHKEIT NOCH NICHT GENÜGENDE EINGESTELLT.



Körper eine bestimmte Menge des Allergens, kann das Kind vielleicht doch regulär mitessen, oder der Küche fällt es leichter, das Essen für dieses Kind anzupassen“, sagt Awan. Kinder mit Zöliakie könnten ihrer Erfahrung nach meist wegen Kreuzkontaminationen nicht regulär mitessen. In einem aktuellen Fall fand Awan mit den Eltern aber folgende Lösung: Die Eltern kochen das Essen wie auf dem Speiseplan nach und die Schule schafft eine Mikrowelle an, um das Essen aufzuwärmen. So hat das Kind das gleiche Gericht wie die anderen.

Auch Sabine Schnadt vom Deutschen Allergie- und Asthmabund (DAAB) findet es in Einzelfällen akzeptabel, dass Eltern das Essen kochen und mitgeben, zum Beispiel, wenn ein Kind sehr stark auf sehr kleine Mengen des Allergieauslösers reagiert. Gleichzeitig betont sie, dass Kinder mit Nahrungsmittelunverträglichkeiten nach Möglichkeit das essen sollten, was für alle Kinder gekocht wurde. „Meist ist es eine Frage des Bewusstseins und Wissens über Nahrungsmittelallergien“, sagt Schnadt. „Oft hilft es, wenn beim Caterer oder in der Schule ein Mensch arbeitet, der persönliche Erfahrungen mit dem Thema hat.“

Um herauszufinden, wie die Bundesländer das Thema sehen, hat der DAAB die Schulministerien kontaktiert und unter anderem zur Verpflegung von Kindern mit Lebensmittelunverträglichkeiten befragt. Elf der 16 Ministerien haben geantwortet. „Im Grundton sagen alle, dass

diese Kinder mitessen sollten“, erzählt Schnadt. „Berlin geht hier im Sinne der inklusiven Schulverpflegung beispielhaft voran.“ In der Hauptstadt dürfen Caterer von vornherein keine Erdnüsse, Schalenfrüchte, Krebs- oder Weichtiere als Zutat verwenden und müssen außerdem für Kinder mit diagnostizierter Nahrungsmittelallergie Sonderkost-Mahlzeiten anbieten.



*Wir wünschen uns eine einheitliche rechtliche Regelung, die Caterer dazu verpflichtet, sicher glutenfreies Essen anzubieten.*



STEFANIE REICHERTER,  
DEUTSCHE ZÖLIAKIE-GESELLSCHAFT

Damit tut Berlin mehr als andere Länder und versorgt viele Kinder mit Lebensmittelunverträglichkeiten. Allerdings: Die Caterer müssen nur fünf Arten Sonderkost anbieten und Eltern dürfen auf der Liste nur eine ankreuzen. „Die meisten haben aber Kreuzallergien und oft auch

Kombinationen wie Zöliakie und Laktoseintoleranz“, sagt Maïke Fröchling, Ökotrophologin beim Caterer Luna in Berlin. Das Unternehmen beliefert rund 100 Berliner Schulen mit Mittagessen. „Wir akzeptieren auch mehrere Kreuze auf dem Allergie-Meldebogen“, so Fröchling. Allerdings nur mit ärztlichem Attest. Das Unternehmen hat eine separate Allergie-Küche und beschäftigt neben Fröchling auch eine Diät-Assistentin mit breitem Fachwissen. „Unser Credo: Kinder mit Lebensmittelallergie sollen so oft wie möglich am Hauptessen teilnehmen. Deshalb geben wir auch Spuren von Allergenen an und erstellen einen Speiseplan für den kompletten Monat.“ Eltern können so vorab sehen, an welchen Tagen ihr Kind regulär mitessen kann und bestellen die Sonderkost für diese Tage ab. „Das Kind kann sich dann ganz normal mit anstellen und essen, was die anderen essen“, sagt Fröchling. „Es macht viel aus, mal nicht separiert zu sein.“ Denn das Sonderkost-Gericht sei letztlich ein separat abgepacktes Essen. „Wenn ein Kind aber auf sehr geringe Mengen des Allergens reagiert, bekommt es dauerhaft Sonderkost“, so Fröchling.

Es gibt also unterschiedliche Wege, wie mehr Kinder als bisher am Schulessen teilnehmen könnten – auch wenn es nicht möglich ist, die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler mit Lebensmittelunverträglichkeiten in der Gemeinschaftsverpflegung zu erfüllen. Doch welche Forderungen richten die Beteiligten an die Politik? Fröchling vom Caterer Luna wünscht sich, dass die kostenintensiveren Sonderkost-Mahlzeiten entsprechend vergütet werden. Bisher geschieht das nicht. „Es muss weiterhin aufgeklärt werden“, sagt Awan vom Fachzentrum Ernährung. „Das fehlt aktuell auf der Ebene der Träger ebenso wie in den Schulen selbst.“ Reicherter von der Deutschen Zöliakie-Gesellschaft betont: „Wir wünschen uns eine einheitliche rechtliche Regelung, die Caterer dazu verpflichtet, sicher glutenfreies Essen anzubieten. Denn nur diese wird eine Änderung bewirken.“ In Italien gebe es bereits eine solche Vorgabe, berichtet sie: „Dort gibt es in den Schulen zum Beispiel für glutenfreies Essen separate Fritteusen.“ ■

Weitere Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)

**DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!**

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

**03  
04  
25**

**GIRLS-DAY.DE**

HANDWERK . TECHNIK . INFORMATIK .  
INDUSTRIE . WISSENSCHAFT .  
FORSCHUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

**Girls' Day**  
Mädchen-Zukunftstag

Gefördert von

Durchgeführt von **kompetenzz**

**DIE ZUKUNFT GEHÖRT DIR!**

KLISCHEEFREIE BERUFS- UND STUDIENWAHL FÜR ALLE

**03  
04  
25**

**BOYS-DAY.DE**

GESUNDHEIT . PFLEGE . SOZIALES .  
ERZIEHUNG . BILDUNG .  
DIENSTLEISTUNG . UND VIELES MEHR ...

MITMACHEN BEIM

**Jungen-Zukunftstag**  
**Boys' Day**

Gefördert vom

Durchgeführt von **kompetenzz**



UNTER DEN MENSCHEN, DIE NACH DEUTSCHLAND FLÜCHTEN, SIND VIELE KINDER. EIN GROSSTEIL LEIDET AUFGRUND VON GEWALT- UND FLUCHTERFAHRUNG AN PSYCHISCHEN STÖRUNGEN UND BENÖTIGT PSYCHOSOZIALE SOWIE THERAPEUTISCHE UNTERSTÜTZUNG.

## KINDER ZWISCHEN FLUCHT UND MENTALER GESUNDHEIT

SABRINA SEIKH, DAVID PHAN, HADI MERHI\*  
Studierende

*In der Debatte über Migration und Flucht werden deren Auswirkungen auf die mentale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland missachtet.*

Die Zahl der Geflüchteten erreichte laut des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) 2023 weltweit einen neuen Höchststand: 117,3 Millionen Menschen, darunter 47 Millionen Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 Jahre sind,



mussten aus den unterschiedlichsten Gründen ihr Land verlassen. Mehr als ein Drittel der 2022 nach Deutschland geflüchteten Menschen waren Kinder. Fast 500.000 geflüchtete Kinder aus Ländern wie der Ukraine, Syrien oder Palästina besuchen derzeit deutsche Schulen.

Ihre Fluchterlebnisse sind ständiger und nicht bearbeiteter Begleiter ihres Alltags. Nach ihrer Ankunft in Deutschland sind geflüchtete Kinder und Jugendliche oft prekären Bedingungen in Sammelunterkünften ausgesetzt. So fehlt es ihnen laut dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) dort an Privatsphäre, kindgerechten Räumen und adäquater Hygiene. Die Kinder und Jugendlichen sind oft Gewalt ausgesetzt und haben nur eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialen Kontakten außerhalb der Unterkünfte.

### **In Deutschland gibt es kaum systematische Diagnosen psychischer Störungen bei Geflüchteten.**

Einen rechtlichen Rahmen und Richtlinien für den Schutz geflüchteter Kinder in Aufnahmeländern soll die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) von 1992 bieten. Artikel 22 verpflichtet Staaten, den Kindern spezifischen Schutz und Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und einem sicheren, gewaltfreien Umfeld zu bieten – unabhängig von ihrem rechtlichen Status. In der Praxis scheitert die Umsetzung dieser Rechte jedoch häufig, wie die Situation geflüchteter Kinder in Deutschland und anderen Ländern zeigt. Überfüllte Unterkünfte, fehlende Privatsphäre und unzureichender Schutz vor Gewalt machen diese Kinder häufig zu Missbrauchsopfern. Solche Lebensbedingungen verstoßen gegen die UN-KRK und zeigen die Lücken zwischen rechtlichen Verpflichtungen und der politischen Realität auf.

Darüber hinaus verpflichtet Artikel 24 die Vertragsstaaten, sicherzustellen, dass jedes Kind Zugang zu medizinischer Versorgung und Gesundheitsdienstleistungen hat. Er garantiert das Recht auf Gesundheit. Dies umfasst auch psychosoziale Unterstützung, denn die Flucht birgt besondere Risiken für die psychische Gesundheit. Eine Studie unter syrischen Geflüchteten in Istanbul zeigt, dass die meisten Kinder und Jugendlichen von Angststörungen, Depressionen oder einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS)

betroffen sind. In Deutschland gibt es jedoch kaum systematische Diagnosen psychischer Störungen Geflüchteter. Bei der Registrierung in einer deutschen Erstaufnahmestelle gibt es nur eine ärztliche Untersuchung nach infektiösen körperlichen Krankheiten. Das widerspricht den Anforderungen in Artikel 24 der UN-KRK.

### **Um die mentale Gesundheit der Kinder nach ihrer Flucht zu verbessern, braucht es eine koordinierte Anstrengung.**

Die Forschung verdeutlicht, dass traumatische Erfahrungen eng mit emotionalen Verhaltensproblemen sowie somatischen Symptomen verbunden sind. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind besonders häufig von psychischen Störungen betroffen. Die UN-KRK bietet in der Theorie einen starken Rahmen für den Schutz und die Unterstützung geflüchteter Kinder – die praktische Umsetzung dieser Rechte ist jedoch oft vom politischen Willen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig.

Die aktuelle deutsche Migrationspolitik steht den Bestrebungen der UN-KRK entgegen. Das macht es schwierig, die Rechte der Kinder und Jugendlichen in vollem Umfang zu garantieren. Nationalistische Diskurse überlagern oft die notwendigen Reformen. Trotz der rechtlichen Rahmenbedingungen, die die UN-KRK setzt, fehlt es an konkreten Maßnahmen, die sicherstellen, dass diese Rechte auch tatsächlich greifen. Um die mentale Gesundheit der Kinder nach ihrer Flucht zu verbessern, braucht es eine koordinierte Anstrengung: Staaten dürfen die UN-KRK nicht nur ratifizieren, sondern müssen auch gezielt lokale Maßnahmen ergreifen, etwa für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Schutz, die Überwindung bürokratischer Hürden und eine Sensibilisierung der Gesellschaft für die besonderen Bedürfnisse geflüchteter Kinder. Nur so kann gewährleistet werden, dass die UN-KRK nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis wirkt. Ein gesamtgesellschaftliches Engagement ist erforderlich, um den Zugang zu psychischen Interventionen wie traumafokussierter Psychotherapie sicherzustellen. ■

\*Sabrina Seikh studiert Rechtswissenschaften, David Phan Klinische Psychologie und Psychotherapie; Hadi Merhi ist Filmstudent für Dramaturgie und Drehbuch.

# „DIE URSACHE DES ÜBELS NICHT BEHOBEN“



Foto: Forum Fairer Handel

JONAS LORENZ

IST REFERENT FÜR GRUNDSATZFRAGEN IM FORUM FAIRER HANDEL.

**INTERVIEW: MARTINA HAHN**  
freie Journalistin

*Seit Jahren verspricht die Schokoladenbranche, Kinderarbeit auf Kakaoplantagen zu beenden. Doch am wichtigsten Hebel setze sie nicht an, der Armut der Familien, die Kakao anbauen, betont Jonas Lorenz vom Forum Fairer Handel im E&W-Interview*

**E&W:** Herr Lorenz, warum gibt es auf Kakaoplantagen immer noch Kinderarbeit?

**Jonas Lorenz:** Weil die Ursache des Übels – die Armut der Kakao anbauenden Familien – nicht behoben wird. Diese weltweit 5,5 Millionen Kleinbauernfamilien können von ihrer Ernte kaum leben, viele verdienen weniger als 185 Euro im Monat. Davon kann niemand erwachsene Helferinnen und Helfer bezahlen. Und so schicken die Familien Kinder zum Pflücken. Wir meinen nicht die Kinder, die den Eltern nach der Schule helfen. Sondern

die Mädchen und Jungen, die gefährliche Arbeiten verrichten müssen, teils unter Zwang.

**E&W:** Die Kakaopreise sind 2024 stark gestiegen. Warum sind die Familien, die Kakao anbauen, dennoch weiterhin arm?

**Lorenz:** Lange schwankte der Kakaopreis zwischen 1.600 und 2.800 US-Dollar pro Tonne, aber im März hat er die 10.000-Dollar-Marke geknackt, in dieser Höhe lag er auch Ende des Jahres wieder. Trotzdem bleibt die Lage für die konventionellen Kakaobäuerinnen und -bauern dramatisch. Das hat drei Gründe: Erstens wird Kakao an Rohstoffbörsen gehandelt. Steigt der Wert plötzlich, etwa mangels Angebots, haben die Erzeugerinnen und Erzeuger an der Elfenbeinküste und in Ghana, die 70 Prozent des weltweit verarbeiteten Kakaos liefern, erst einmal nichts davon: In beiden Ländern legt der Staat den Preis fest, den die kakaoaufkaufenden Firmen zahlen müssen – und der Staat hat diesen nur langsam erhöht, als der Preis 2023 durch die Decke ging. Zweitens ernten die Familien heute weniger Kakao als früher: Alte Bäume, Klimakrise sowie Pflanzenkrankheiten ließen die Ernten einbrechen. Drittens steht den Erzeugerinnen und Erzeugern weltweit eine Handelsstruktur gegenüber,

die von wenigen Konzernen dominiert wird. Allein Mars, Mondelez, Nestlé, Ferrero, Hershey's und Lindt & Sprüngli kontrollieren zusammen 55 Prozent des globalen Schokoladenmarktes. Die Kleinbäuerinnen und -bauern müssen den Preis akzeptieren, der ihnen geboten wird.

**E&W:** Was verdient eine Familie an einer Tafel Schokolade ohne ein Fair-Trade-Siegel?

**Lorenz:** Pro Euro des Verkaufspreises einer Tafel Schokolade bleiben durchschnittlich acht Cent bei den Kakao-produzentinnen und -produzenten.

**E&W:** Ist das bei Schokolade aus Fairem Handel anders?

**Lorenz:** Ja, allein schon wegen der festen Mindestpreise, die im Fairen Handel gezahlt werden. Das bietet den Erzeugerinnen und Erzeugern ein Sicherheitsnetz, wenn der Weltmarktpreis niedrig ist. Bei Fairtrade liegt der Mindestpreis bei 2.400 US-Dollar pro Tonne Kakao, bei der Gepa zwischen 3.300 und 3.500 Dollar, je nach Land. Alle anerkannten Fair-Anbieter zahlen aber mehr, wenn der Weltmarkt- über dem Mindestpreis liegt. Zudem profitieren Familien, die den Fairen Handel beliefern, von direkten Handelbeziehungen und dem Zusammenschluss zu Kooperativen – gemeinsam können sie höhere Preise aushandeln. Fair-Anbieter schulen zudem in nachhaltigem Anbau. Das verbessert Erträge und Einnahmen. All das hilft, Kinderarbeit zu bekämpfen. Aber auch der Faire Handel kann Kinderarbeit nicht zu 100 Prozent ausschließen.

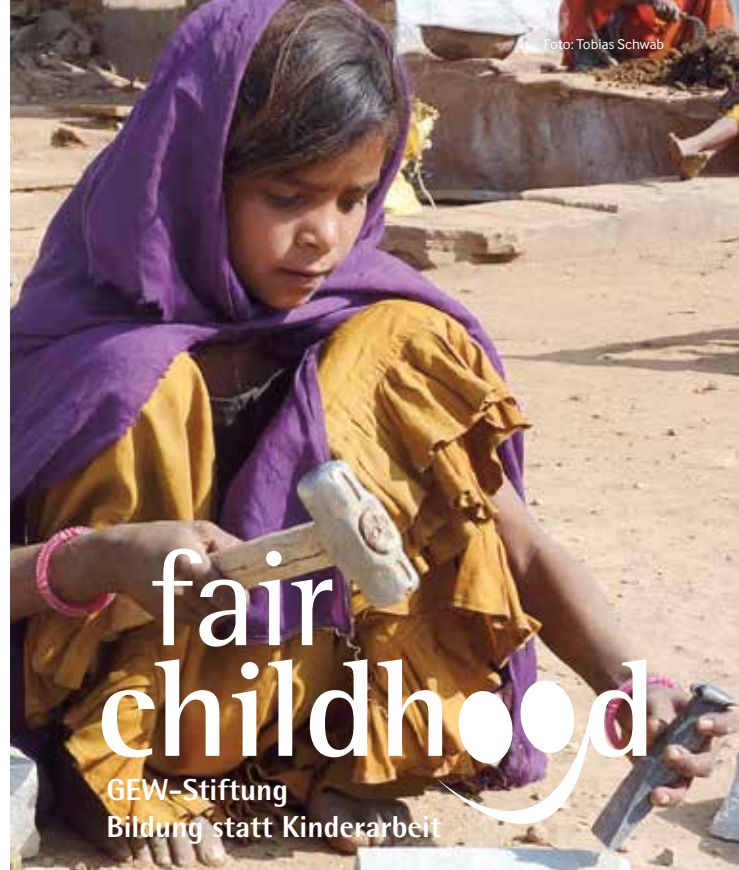
**E&W:** Abgesehen von den Erzeugerinnen und Erzeugern erzielten alle anderen Akteure in der Schokoladen-Lieferkette Gewinne, kritisiert die Kampagne „Make Chocolate Fair“. Müsste man an diesen Margen ansetzen, um die Einkommen der Erzeugerfamilien zu verbessern?

**Lorenz:** Ja. Schokoladenhersteller könnten Einfluss auf die Preise nehmen, indem sie nur fair bezahlten Kakao verarbeiten. Rewe, Lidl & Co. könnten sagen: Schokolade, für die keine existenzsichernden Erzeugerpreise bezahlt wurden, kommen nicht mehr ins Sortiment! Leider nutzen die Märkte diesen Hebel nicht.

**E&W:** Können auf der Verbraucherseite Schulen und Lehrkräfte etwas bewirken?

**Lorenz:** Durchaus! Man kann an diesem Produkt sehr gut im Unterricht durchexerzieren, was in unserem Wirtschafts- und Handelssystem alles schief läuft. ■

Weitere Infos: [gew.de/ew-2-25](http://gew.de/ew-2-25)



fair  
childhood

GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 02/2025

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit



OTTO HERZ

## WEGBEREITER UND MENSCHENVERBINDER

---

*Am 25. Dezember 2024 verstarb der Bildungsreformer, Schulgründer und Pädagoge Otto Herz im Alter von 80 Jahren. Er war von 1993 bis 1997 GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Schule.*

Otto Herz, Ausnahme-Pädagoge, Freund, Wegbereiter, Menschenverbinder und großer Inspirator, ist am Weihnachtsmorgen 2024 friedlich eingeschlafen. Im Luftschutzbunker geboren, als dumm, faul und frech mit 15 Jahren vom Gymnasium geflogen, durftest du, Otto, als Lehrling beim Unternehmer Hermann Freudenberg erleben, was es bedeutet, wenn ein Mensch an dich glaubt und dir den Weg in eine neue Welt ebnet. Als Industriestipendiat hast du auf der Odenwaldschule dein scharfsinniges und politisches Denken entwickelt und später in vielfältigen verantwortlichen Positionen geschärft. Verstehen und Verständigung, Anstand-Widerstand-Aufstand-Civil-Courage leiteten dein Wirken, Friede im Herzen und auf dem Globus war dein Credo.

Visionäres Denken brachtest du von 1993 bis 1997 auch in die GEW ein – als GEW-Vorstandsmitglied Schule. Mit Greenpeace hast du damals die Solar-Kampagne „Lass die Sonne rein“ initiiert und den Aufbruch Ost wesentlich mitgeprägt. Dein mutiges Aussprechen von Wahrheiten, gekleidet in poetisch politische Wort-Künste, hat unzählige Menschen tief berührt, begeistert und zum Handeln ermutigt. Deine Wohn-Ateliers standen immer offen – für Freunde, Uni-Seminare, Salons oder Seelsorgegespräche. Hier spürten die Menschen kreatives Chaos und innere Ordnung, Angenommensein und kindliche Freude.

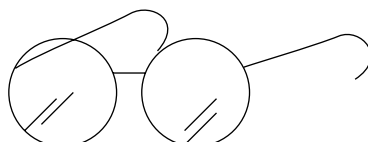
Als kreativer Freigeist mit weitem Herzen hast du die deutsche Bildungslandschaft nachhaltig beeinflusst. Du standest unermüdlich und aus tiefster Überzeugung für Bildungsgerechtigkeit und die „Eine Schule für alle“ ein, in der jedes Kind in seiner Würde und Einzigartigkeit geschätzt und gefördert wird. Deine Einsichten hast du uns in brillanten Reden und als Essenzen auf Maxipostkarten und deinem Abc geschenkt. Sie prägen den Geist unzähliger Schulen. Deine tiefe Menschlichkeit, deine Herzens-Haltungen, dein Vorbild, deine Weisheiten werden uns weiter begleiten, bestärken und beflügeln. DANKE, Otto!

**MARGRET RASFELD**

Autorin und Schulleiterin im Ruhestand

# MITGLIEDERFORUM

---



## ES FEHLEN FAKTEN

*(E&W 11/2024, SEITE 30 F.: „SONST IST NIEMAND MEHR IN DIESEM LAND SICHER“)*

Hendrik Cremer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Menschenrechte, hält es für fatal, und sicherlich nicht nur er, wenn die Wahlergebnisse der AfD „immer besser“ werden, obwohl diese Partei sich ständig radikalisiert hat. Er verlangt von Lehrerinnen und Lehrern, sich aktiv für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie einzusetzen. Seine Thesen kann man unterschreiben, nur es fehlen Fakten, warum eine Rechtsaußenpartei verstärkt, besonders bei jungen Menschen und nicht nur bei den sogenannten kleinen Leuten, gut ankommt. (...) Ein Blick in die deutsche Vergangenheit zeigt, dass immer dann, wenn die Grundbedürfnisse des Volkes zu kurz kommen, Rechtsaußen an Zustimmung gewann. (...) Ulrich Bald, Hagen

## KEINE ÜBERFLÜSSIGEN FÄCHER

*(E&W 11/2024, SEITE 6 FF.: „SCHWERPUNKTTHEMA MUSISCH-KREATIVE BILDUNG“ SOWIE E&W 12/2024-1/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 45: „TRAUMATA DURCH MUSIKUNTERRICHT“)*

Es wurde Zeit, dass sich die E&W der Thematik der kulturellen Bildung in gründlicher Form wieder annahm. Bezeichnend und unfair scheint mir, dass daraufhin die Frage von Traumata durch Unterricht in einer Zuschrift im Mitgliederforum ausgerechnet am Thema Musik abgehandelt wurde. Musik ist ein bildungspolitisch schwaches Fach, im Gegensatz etwa zu Sport oder

Mathematik. Unser Schulsystem hat Schwierigkeiten, den Musikunterricht gegen karrierebewusste Eltern und Ministerien durchzuhalten. Den einen wird Musik eine lebenslange emotionale Stütze, schulisch und außerschulisch, anderen sind das etwa mathematische Fragen. Und umgekehrt, beides kann mit etwas Willen nämlich auch zum Bloßstellen genutzt und zum Trauma gemacht werden. (...) Es gibt kaum ein Fach, das nicht zum Albtraum werden kann. Das ist das Problem, nicht Musik, nicht Chemie oder Französisch oder das Lesen lernen.

Wer einen kulturellen Zusammenhang zwischen den Generationen und kulturelle Entwicklung aufrechterhalten will, darf nicht angeblich „überflüssige“ Fächer ausgrenzen und etwa als Fundgrube für Zusatzunterricht in „wichtigen“ Fächer missbrauchen.

Ulrich Hain, Gießen

## WICHTIGE ERGÄNZUNG

*(E&W 11/2024, SEITE 38 FF.: „AUS EINER HAND“)*

Zu dem Bericht über die Jugendberufsagentur in Hamburg und ihren Beitrag zur Berufsorientierung und Berufsberatung möchte ich ergänzen:

Die zweite wichtige Rolle spielen die regionalen Arbeitskreise (AK) SchuleWirtschaft, besetzt mit Ausbildungsleitern und Vertretern regionaler Firmen, der Handwerkskammer, der Jugendberufsagentur sowie Lehrkräften für Berufsorientierung aller Schulformen in den Hamburger Bezirken. Diese AK werden unterstützt durch das Hamburger Bildungswerk der Deutschen Wirtschaft (zum Beispiel durch Fortbildungen) und geleitet von je einer >>>

Lehrkraft und einem Ausbildungsleiter beziehungsweise Firmeninhaber. In Hamburg-Bergedorf wurde (...) den Lehrkräften und damit allen Schülern in allen Schulen beispielsweise der Stadtteil-Lehrstellenatlas online und in gedruckter Form kostenlos zur Verfügung gestellt. Auf 160 Seiten sind alle Berufsfelder und fast alle Bergedorfer Firmen mit Praktikums- oder Ausbildungsplätzen zu finden. Jede weiterführende Schule nutzt also die Online- und gedruckte Version. Bei der öffentlichen Vorstellung im Bergedorfer Einkaufszentrum (CCB) wurden schon mal 1.000 Exemplare des Atlas ausgegeben.

Peter Puhle, Hamburg

### KLARE GEW-POSITION FEHLT

(E&W 11/2024, MITGLIEDERFORUM SEITE 45 F.: „MENSCHEN WERDEN AUFEINANDERGEHETZT“, „GLÄNZEND GESCHRIEBEN“, „WIR BRAUCHEN FRIEDENSBILDUNG“, „KRIEGSTÜCHTIGKEIT ÜBERWINDEN“ SOWIE „WEHRET DEN ANFÄNGEN“)

Auch ich warte schon lange auf eine klare Stellungnahme der GEW – nicht allein nur auf die auf jeden Fall höchst wichtige Friedensbildung in den Schulen bezogen. Ich vermisse eine klare Position meiner Bildungsgewerkschaft zu Krieg und Frieden und vor allem zu gewaltfreier Konfliktlösung und Diplomatie, egal welche Meinung man zu den einzelnen Konflikten vertritt.

Krieg ist weder der richtige Weg zu einem (nachhaltigen) Frieden (Mahatma Gandhi), noch hat dieser umwelterhaltenden beziehungsweise -schützenden Charakter. Im Gegenteil! Er führt zu großem Leid, unzähligen unnötigen Toten, Verletzten, Verkrüppelten und zu immensen Klimaschäden.

Pädagogen sollten schon allein von Berufs wegen gegen Krieg und für diplomatische Lösungen eintreten. Ansonsten wird jedes Anti-Gewalt-Konzept einer Schule oder anderen Bildungseinrichtung, jede Unterrichtseinheit oder Aktion mit Kindern und Jugendlichen zu Klima- und Naturschutz, jede mehrmals jährlich durchzuführende Pflichtbelehrung in den Schulen mit Blick etwa auf den Naturschutz ad absurdum geführt.

Angesichts der gegenwärtigen und geplanten immensen Ausgaben für den Militärhaushalt sollte auch dies ein zwingender Grund sein, entschieden gegen die Militarisierung unseres Landes aufzutreten und sich für diplomatische Lösungen bei Konflikten einzusetzen. (...)

Grit Schulze, Brandenburg

### VOLLE UNTERSTÜTZUNG!

(E&W 11/2024, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „WEHRET DEN ANFÄNGEN!“)

Herzlichen Dank an Hanne Strack für ihren Leserbrief „Wehret den Anfängen“ und den fiktiven Eintrag in der Personalakte: „Vorsicht, friedentüchtig! Unterwandert radikal mit pazifistischen Ideen die geforderte Kriegstüchtigkeit!“ Diesen Eintrag würde ich mir sehr gern „verdienen“. Das ist jetzt mein erklärtes Ziel, daran arbeite ich jeden Tag!

Inge Schmitz, Merzenich

### HILFREICH UND HERAUSFORDERND

(E&W 12/2024-1/2025, DIALOG 3/2024, SEITE 23 FF.: „NEBENBEI FIT“)

Die im „Dialog“ formulierten Anregungen und Tipps für das Alter empfinde ich als hilfreich und herausfordernd. Besonders gefallen hat mir das Zitat der Forscherin Sarah Forberger: „Wir sollten Altern endlich als Teil des Lebenszyklus betrachten, eingebettet in andere Phasen der Biografie.“ Leider ist es genau diese „Einbettung“ in den biografischen Zusammenhang, die ich im „Dialog“ etwas vermisste. Vorstellungen von einem erfüllten Alter werden sozusagen von außen herangetragen. Mehr Gesundheitsförderung bitte schön! Und auf jeden Fall fit bleiben! Als müssten Lehrerinnen oder Erzieher im Alter ein gänzlich neues Kapitel aufschlagen.

Meine These: Zu einem gesunden und zufriedenen Alter gehört, gerade für Menschen, die in Kindergärten, Schulen und Hochschulen gearbeitet haben, immer auch der distanzierte, kreative Rückblick auf die eigene Berufsbiografie. „Endlich raus aus dem Laden“ und „Jetzt mach' ich was ganz anderes!“, das kann es nicht sein! Es kommt im Gegenteil darauf an, die Arbeitsbiografie als zentralen „Teil des Lebenszyklus“ zu bewahren. Neben Yoga, Fitness und gesunder Ernährung selbstverständlich. (...) Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir lebendige und gesunde Persönlichkeiten bleiben können, wenn wir unsere Arbeitsbiografie mit dem Eintritt in den Ruhestand einfach ausblenden.

Klaus-Dieter Lenzen, Bielefeld

## BESCHWICHTIGENDER TON

(E&W 12/2024-1/2025, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:  
„UNTERKOMPLEXE SICHTWEISE“ SOWIE  
„DESPEKTIERLICH UND DISKREDITIEREND“)

Der Ton der Zuschriften im jüngsten E&W-Heft, die die Einbeziehung der Bundeswehr in den Schulunterricht befürworten, ist eher beschwichtigend. Unsere Bundeswehr leiste doch hauptsächlich Heimatschutz wie bei Corona oder der Ahrtalüberflutung, „abgesehen davon, dass wir eine passive Armee sind und nicht an der Front kämpfen“. Eine Gleichsetzung heutiger Kriege mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sei „hetzerisch“. Werden die heutigen Kriege (...) strikt nach dem Völkerrecht geführt? Nein. Ukraine: Kriegsverbrechen auf beiden Seiten. Gaza: Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auch auf Kinder. (...) „Sollen sich Schüler nicht selbst eine Meinung bilden dürfen?“, fragt Leserbriefschreiber Fridolin Pehl. Ja! Aber nicht mit Propaganda für die Bundeswehr als ange-

liche Heimatschutztruppe (...) (Überwältigungsverbot!). Soll die Bundeswehr zu Außenpolitik und Sicherheit an Schulen sprechen dürfen? Nein, wenn sie hier der einzige, zudem üppig finanzierte Akteur ist. Schüler sollen beide Seiten hören: Befürworter und Gegner von Konfliktlösung durch Rüstung und Krieg. (Kontroversität!)  
Klemens Bott, Breitenbach

## Kontakt

### Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: [katja.wenzel@gew.de](mailto:katja.wenzel@gew.de)

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**Hamburg**  
Schülertouren  
St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt  
[kiezjungs@gmail.com](mailto:kiezjungs@gmail.com), T: 040-27872891  
[www.kiezjungs.com](http://www.kiezjungs.com)

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)  
**Dokumentation  
Organisation  
Rechtssicherheit**  
☎ 02521 29905-10  
**FL SCHULORGANISATION**  
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Ihre Anzeige in der E&W: [anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de)

**Die Quintenzirkeluhr**  
und viele Lehrmittel am Puls der Zeit  
5% Rabatt für alle E&W-Leser\*innen  
mit dem Bestell-Code: **EW25**



**Uvds**  
DESIGN  
[Uvds-Design.com](http://Uvds-Design.com)  
[info@Uvds-Design.com](mailto:info@Uvds-Design.com)  
[webshop.uvds-design.com](http://webshop.uvds-design.com)



**TOSKANA**  
Urlaub im BIO-Weingut.  
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.  
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!  
Tel./Fax 0039-571-408041    
[info@aglion.it](mailto:info@aglion.it), [www.aglion.it](http://www.aglion.it)



**Artenwissen für alle!**  
[www.NABU-naturgucker-Akademie.de](http://www.NABU-naturgucker-Akademie.de)

Jetzt loslegen mit  
E-Learning zu  
Vögeln, Insekten,  
Pilzen, Pflanzen ...

-  kostenlos
-  flexibel
-  multimedial



Foto: Jürgen Podgorski/NABU-naturgucker.de

**MACH DICH SCHLAU!**



[PETAkids.de](http://PETAkids.de)

# DIESMAL

Könnten Sie, sobald Sie mit dem Bohren fertig sind, auch gleich mal die Specht-Gruppe für den Rest des Nachmittags übernehmen?

